Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3951

Mündlicher Bericht

des Haushaltsausschusses
(13. Ausschuß)

zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1969 (Haushaltsgesetz 1969)

— Drucksache V/3300 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Schoettle

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1969 (Haushaltsgesetz 1969) nebst Gesamtplan — Drucksache V/3300 — in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Bonn, den 28. Februar 1969

Der Haushaltsausschuß

Schoettle

Vorsitzender und Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1969 (Haushaltsgesetz 1969)

— Drucksache V/3300 —

mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses (13. Ausschuß)

Entwurf

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1969 (Haushaltsgesetz 1969)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1969 wird in Einnahme und Ausgabe auf

82 406 470 300 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

78 817 470 300 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

3 589 000 000 Deutsche Mark.

§ 2

(1) § 30 Abs. 1 Sätze 2 und 3 der Reichshaushaltsordnung gelten im Rechnungsjahr 1969 in folgender Fassung:

„Bei den ausdrücklich als übertragbar bezeichneten Ausgabemitteln, den Ausgabemitteln der *Hauptgruppe 7* und *der Untergruppen* 81, 82 und 83 *des Gruppierungsplans* sowie bei den zu außerordentlichen Ausgaben bewilligten Mitteln (übertragbare Ausgabebewilligungen) bleiben die nicht ausgegebenen Beträge für die unter die Zweckbestimmung fallenden Ausgaben über das Rechnungsjahr hinaus zur Verfügung. Dies gilt bei den

Beschlüsse des 13. Ausschusses

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1969 (Haushaltsgesetz 1969)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1969 wird in Einnahme und Ausgabe auf

83 346 017 700 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

79 494 517 700 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

3 851 500 000 Deutsche Mark.

§ 2

(1) § 30 Abs. 1 Sätze 2 und 3 der Reichshaushaltsordnung gelten im Rechnungsjahr 1969 in folgender Fassung:

„Bei den ausdrücklich als übertragbar bezeichneten Ausgabemitteln, den Ausgabemitteln **derjenigen Titel, die mit den Zahlen 7**, 81, 82 und 83 **beginnen,** sowie bei den zu außerordentlichen Ausgaben bewilligten Mitteln (übertragbare Ausgabebewilligungen) bleiben die nicht ausgegebenen Beträge für die unter die Zweckbestimmung fallenden Ausgaben über das Rechnungsjahr hinaus zur Verfügung. Dies gilt bei den Ausgabe-

Entwurf

Ausgabemitteln *der Hauptgruppe 7 und der Untergruppen* 81, 82 und 83 *des Gruppierungsplans* sowie bei den außerordentlichen Ausgaben nur bis zum Rechnungsabschluß für das auf die Schlußbewilligung folgende dritte Rechnungsjahr, wenn der Haushaltsplan nicht etwas anderes bestimmt."

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabenansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, soweit Leistungen aus diesen Ausgabenansätzen für bereits bewilligte Maßnahmen noch im folgenden Rechnungsjahr erforderlich sind.

§ 3

(1) § 14 der Reichshaushaltsordnung ist auch auf Ausgaben *der Untergruppen* 85, 86, 88 und 89 *des Gruppierungsplans* für bauliche Unternehmungen anzuwenden, bei denen der Bund nicht selbst Bauträger ist, aber mehr als 50 vom Hundert der Baukosten trägt. Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in dringenden Fällen Ausnahmen von einer Anwendung des § 14 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen; in diesen Fällen dürfen die Bundesmittel den Bauträgern erst bewilligt werden, wenn die in § 14 oder § 45 der Reichshaushaltsordnung bezeichneten Unterlagen vorliegen.

(2) Bei Anwendung des § 30 a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 150 000 Deutsche Mark und der Betrag von 10 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 30 000 Deutsche Mark zu ersetzen.

(3) In Abweichung von § 41 der Reichshaushaltsordnung gelten für die Benutzung von Dienstkraftwagen außerhalb der rein dienstlichen Verwendung die Richtlinien der Bundesregierung vom 16. März 1962.

(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in Abweichung von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen, daß

1. bewegliche Sachen des Bundes, die aus Zuwendungen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung erworben sind, den Trägern der Forschungseinrichtungen oder zentralen Forschungsorganisationen unentgeltlich übereignet werden,
2. bewegliche Sachen und Leistungen des Bundes aus Anlaß von Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notständen unentgeltlich überlassen werden, wenn die Überlassung zur Abwendung oder Milderung einer nicht vorhergesehenen Notlage erfolgt.

Beschlüsse des 13. Ausschusses

mitteln **derjenigen Titel, die mit den Zahlen** 7, 81, 82 und 83 **beginnen,** sowie bei den außerordentlichen Ausgaben nur bis zum Rechnungsabschluß für das auf die Schlußbewilligung folgende dritte Rechnungsjahr, wenn der Haushaltsplan nicht etwas anderes bestimmt."

(2) unverändert

(3) unverändert

§ 3

(1) § 14 der Reichshaushaltsordnung ist auch auf Ausgaben **aus Titeln, die mit den Zahlen** 85, 86, 88 und 89 **beginnen,** für bauliche Unternehmungen anzuwenden, bei denen der Bund nicht selbst Bauträger ist, aber mehr als 50 vom Hundert der Baukosten trägt. Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in dringenden Fällen Ausnahmen von einer Anwendung des § 14 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen; in diesen Fällen dürfen die Bundesmittel den Bauträgern erst bewilligt werden, wenn die in § 14 oder § 45 der Reichshaushaltsordnung bezeichneten Unterlagen vorliegen.

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
(5) Der Bundesminister der Finanzen kann abweichend von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zur verbilligten Beschaffung von Bauland zulassen, daß bundeseigene unbebaute Grundstücke unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, daß diese Grundstücke binnen angemessener Frist, die in der Regel drei Jahre nach Abschluß des Kaufvertrages nicht übersteigen soll, zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaues bebaut werden. Unterbleibt die Bebauung, so ist das Eigentum an dem Grundstück gegen Erstattung der Kosten wieder auf den Bund zurückzuübertragen. Der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates gemäß § 47 Abs. 3 der Reichshaushaltsordnung bedarf es in diesen Fällen nicht. Das Nähere bestimmen Richtlinien des Bundesschatzministers im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wohnungswesen und Städtebau.	(5) unverändert
(6) In den Fällen des § 47 Abs. 3 und 6 der Reichshaushaltsordnung gilt als Wertgrenze des § 3 Abs. 2 und des § 5 der Anlage 3 zu § 57 der Reichswirtschaftsbestimmungen der Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark.	(6) unverändert
(7) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in Abweichung von § 50 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung die Änderung von Kreditverträgen mit ausländischen Schuldnern zuzulassen, wenn dies im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt.	(7) unverändert
(8) Von der Einziehung von Forderungen des Bundes im Verkehr mit Privatpersonen darf mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen Abstand genommen werden, wenn die Einziehung mit Verwaltungsaufwand oder Kosten verbunden wäre, die nicht in angemessenem Verhältnis zur Höhe des Betrages stehen.	(8) unverändert
§ 4	§ 4
Übersteigt bei einem Einnahmetitel der Betrag der tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz und können auf Grund eines Haushaltsvermerks bei einem übertragbaren Ausgabetitel in Höhe dieser Mehreinnahmen Ausgaben geleistet werden, so dürfen, abweichend von § 73 der Reichshaushaltsordnung, die Beträge solcher Mehreinnahmen, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres für die Zwecke der Ausgabetitel nicht verwendet worden sind, in der Haushaltsrechnung als Ausgaberest und zugleich als Mehrausgabe nachgewiesen werden.	unverändert
§ 5	§ 5
(1) Verwaltungsvorschriften, die die aus einer einzelnen Zweckbestimmung zu leistenden Ausgaben nach bestimmten Merkmalen festlegen, sind so zu fassen, daß die unter der Zweckbestimmung veranschlagten Mittel zur Deckung der Ausgaben ausreichen. Ergibt sich, daß bei Aufrechterhaltung der Vorschriften eine Haushaltsüberschreitung erforder-	(1) unverändert

Entwurf

lich wird, sind die Vorschriften unverzüglich entsprechend zu ändern. Ausnahmen sind im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen zulässig; hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages den Verwaltungsvorschriften zugestimmt, so ist grundsätzlich auch die Zustimmung dieses Ausschusses einzuholen.

(2) § 45 b der Reichshaushaltsordnung ist auf Handlungen der Verwaltung auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts anzuwenden, durch die die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet wird, über ein Rechnungsjahr hinaus Auszahlungen zu leisten. Das gilt auch für Entscheidungen der Verwaltung auf Grund gesetzlicher Ermächtigung.

(3) § 75 der Reichshaushaltsordnung ist in der Weise anzuwenden, daß bei Feststellung des Jahresergebnisses nur die tatsächlich eingegangenen Einnahmen (Ist-Einnahme) und die tatsächlich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgabe) berücksichtigt werden. § 75 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung findet im Rechnungsjahr 1969 mit der Maßgabe Anwendung, daß die Worte „als ordentliche Ausgabe" nicht gelten.

(4) § 5 der Reichshaushaltsordnung gilt im Rechnungsjahr 1969 in folgender Fassung:

„§ 5

(1) Der Haushaltsplan besteht aus den Einzelplänen und dem Gesamtplan.

(2) Die Einzelpläne enthalten die Einnahmen und Ausgaben eines einzelnen Verwaltungszweiges oder bestimmte Gruppen von Einnahmen oder Ausgaben. Der Gesamtplan gliedert sich in den Gesamtabschluß und die Finanzierungsübersicht. Der Gesamtabschluß gibt die Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne in größeren Zusammenfassungen wieder. Die Finanzierungsübersicht enthält die Darstellung des Finanzierungssaldos; der Finanzierungssaldo ergibt sich aus einer Gegenüberstellung der Einnahmen mit Ausnahme der Kredite, Entnahmen aus Rücklagen sowie Münzeinnahmen und der Ausgaben mit Ausnahme der Tilgungsausgaben sowie der Zuführungen an Rücklagen."

(5) Bei der Veranschlagung von Krediten ist § 7 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung nicht anzuwenden.

§ 6

Der Bundesminister der Finanzen *darf* seine Zustimmung nach § 30 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung zur Verausgabung von Beträgen, die bei über-

Beschlüsse des 13. Ausschusses

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) § 5 der Reichshaushaltsordnung gilt im Rechnungsjahr 1969 in folgender Fassung:

„§ 5

(1) Der Haushaltsplan besteht aus den Einzelplänen und dem Gesamtplan.

(2) Die Einzelpläne enthalten die Einnahmen und Ausgaben eines einzelnen Verwaltungszweiges oder bestimmte Gruppen von Einnahmen oder Ausgaben. Der Gesamtplan gliedert sich in den Gesamtabschluß und die Finanzierungsübersicht. Der Gesamtabschluß gibt die Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne in größeren Zusammenfassungen wieder. Die Finanzierungsübersicht enthält die Darstellung des Finanzierungssaldos; der Finanzierungsaldo ergibt sich aus einer Gegenüberstellung der Einnahmen mit Ausnahme der Kredite, Entnahmen aus Rücklagen sowie Münzeinnahmen und der Ausgaben mit Ausnahme der Tilgungsausgaben sowie der Zuführungen an Rücklagen.

(3) Die Beträge für die Tilgung der in Nummer 6 der Finanzierungsübersicht enthaltenen Schulden des Bundes sind für die Bewirtschaftung der in Teil I des Haushaltsplans veranschlagten Kreditmittel verbindlich."

(5) unverändert

§ 6

Der Bundesminister der Finanzen **kann** seine Zustimmung nach § 30 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung zur Verausgabung von Beträgen, die bei über-

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
tragbaren Ausgabebewilligungen am Schluß des Rechnungsjahres 1968 nicht verwendet sind (Ausgabereste), *nur erteilen, wenn* innerhalb desselben Einzelplans im Rechnungsjahr 1969 veranschlagte Beträge in gleicher Höhe für diesen Zweck in Abgang gestellt werden oder wenn sichergestellt ist, daß in demselben Einzelplan am Schluß des Rechnungsjahres 1969 Ausgabereste in gleicher Höhe verbleiben. Der Bundesminister der Finanzen kann in Ausnahmefällen zulassen, daß der Ausgleich in anderen Einzelplänen vorgenommen wird. *Die Bestimmung in Satz 1 findet auf Ausgabereste des ersten Investitionshaushalts 1967 und des zweiten Programms für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68 keine Anwendung.*	tragbaren Ausgabebewilligungen am Schluß des Rechnungsjahres 1968 nicht verwendet sind (Ausgabereste), **davon abhängig machen, daß** innerhalb desselben Einzelplans im Rechnungsjahr 1969 veranschlagte Beträge in gleicher Höhe für diesen Zweck in Abgang gestellt werden oder wenn sichergestellt ist, daß in demselben Einzelplan am Schluß des Rechnungsjahres 1969 Ausgabereste in gleicher Höhe verbleiben. Der Bundesminister der Finanzen kann in Ausnahmefällen zulassen, daß der Ausgleich in anderen Einzelplänen vorgenommen wird. **Bei Ausgaberesten des ordentlichen Haushalts darf die Zustimmung nach § 30 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung nur unter der Voraussetzung eines haushaltsmäßigen Ausgleichs innerhalb desselben oder eines anderen Einzelplans erteilt werden.**
§ 7	§ 7
(1) Verfügungen über Ausgabemittel, die bei einzelnen Titeln des Haushaltsplans als gesperrt bezeichnet oder im außerordentlichen Haushalt veranschlagt sind, desgleichen Maßnahmen, durch welche für die Bundesrepublik Deutschland Verpflichtungen zu Lasten dieser Ausgabemittel entstehen können, bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.	(1) unverändert
(2) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von bestimmten Ausgabemitteln von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite es erfordert.	(2) unverändert
(3) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen anzuordnen, daß vermögenswirksame Ausgaben, die im ordentlichen Haushalt veranschlagt sind, aus Mitteln des außerordentlichen Haushalts geleistet werden, wenn dies nach der Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite zur Sicherung des Haushaltsausgleichs erforderlich ist.	(3) unverändert
(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, bei zweckgebundenen Zuschüssen und Darlehen des Bundes an die Länder Abweichungen von im Haushaltsplan vorgesehenen Selbstbeteiligungen der leistungsschwachen Länder zuzulassen.	**Absatz 4 entfällt**
§ 8	§ 8
§ 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617) findet keine Anwendung.	unverändert
§ 9	§ 9
(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind die Ansätze bei den Titeln 425 01 und 426 01 gegenseitig deckungsfähig.	(1) unverändert
(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)	(2) unverändert

Entwurf

1. Einsparungen bei Titel 422 01 zur Verstärkung der bei Titel 422 02, 425 01 und 426 01 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Titel 423 01 zur Verstärkung der bei Titel 423 02 veranschlagten Mittel;
3. Einsparungen bei Titel 422 02 zur Verstärkung der bei Titel 425 01 und 426 01 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei den Titeln 422 01, 422 02, 423 01, 423 02, 425 01 und 426 01 zur Verstärkung von Mitteln bei Titel 443 01;
5. Einsparungen bei Titel 442 01 zur Verstärkung der bei Titel 441 01 veranschlagten Mittel.

(3) Innerhalb der Kapitel 33 03 und 33 04 können Einsparungen bei Titel 442 01 zur Verstärkung der bei Titel 441 01 veranschlagten Mittel, innerhalb der Kapitel 33 06, 33 07 und 33 08 können Einsparungen bei den Titeln 442 01 und 442 02 zur Verstärkung der bei Titel 441 01 veranschlagten Mittel verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit).

(4) In Abweichung von § 31 Satz 2 der Reichshaushaltsordnung sind übertragbare Ausgabemittel mit anderen Ausgabemitteln nach Maßgabe der im Haushaltsplan ausgebrachten Haushaltsvermerke deckungsfähig.

(5) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen bei den Titeln der Gruppierungsnummern 511 bis 519, 523, 526, 527 und 539 innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.

(6) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen *mit den* Gruppierungsnummern *541, 543* bis *549* der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Mittel. § 33 der Reichshaushaltsordnung bleibt unberührt.

(7) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen anzuordnen, daß Einsparungen bei Titeln des Kapitels 10 03 zur Verstärkung der Mittel bei Titeln des Kapitels 10 02 verwendet werden.

§ 10

Die im Haushaltsplan vorgesehenen Stellen der Eingangsgruppe einer Laufbahn können abweichend von § 36 Abs. 2 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung

Beschlüsse des 13. Ausschusses

(3) unverändert

(4) unverändert

(5) unverändert

(6) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen **bei den Titeln der** Gruppierungsnummern **551, 553** bis **559** der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Mittel. § 33 der Reichshaushaltsordnung bleibt unberührt.

(7) unverändert

§ 10

unverändert

Entwurf

auch mit Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, wenn sie in die Aufgaben der neuen Laufbahn eingeführt werden.

§ 11

(1) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen zusätzlich zu schaffen, wenn ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis vorliegt, das ein Hinausschieben der Entscheidung bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1970 ausschließt. Die zusätzlichen Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend" zu versehen. Über den weiteren Verbleib ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(2) Jede fünfte in einer Laufbahngruppe innerhalb eines Einzelplans frei werdende Planstelle eines Beamten darf außer in den Fällen des Satz 5 nicht wieder besetzt werden. Dabei ist das im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1969 festgelegte Verhältnis der Beförderungsämter zu der Gesamtzahl der Planstellen in den einzelnen Laufbahngruppen so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Das gleiche gilt für frei werdende Stellen der Angestellten innerhalb der den Laufbahngruppen der Beamten vergleichbaren Vergütungsgruppen sowie für die Stellen der Arbeiter. Über den weiteren Verbleib der gesperrten Planstellen und Stellen für Angestellte und Arbeiter ist im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1970 zu entscheiden. Die Wiederbesetzung einer Planstelle oder Stelle für Angestellte und Arbeiter ist zulässig, wenn sie durch Versetzung, Beförderung oder Höhergruppierung des Stelleninhabers frei geworden ist. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kann in Fällen eines unabweisbaren Bedürfnisses im Einzelfall oder für Gruppen von Bediensteten bestimmter Fachrichtungen oder Sachbereiche auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Abweichungen von der in den Sätzen 1 und 3 getroffenen Regelung zulassen.

(3) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten 3 und 6 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk „künftig wegfallend" oder „künftig umzuwandeln" versehen sind, nicht zu berücksichtigen.

(4) Soweit im Haushaltsplan 1969 neue Planstellen der Besoldungsgruppe A 16 geschaffen oder Planstellen nach der Besoldungsgruppe A 16 gehoben sind, kann von der Regelung in den Fußnoten 3 und 6 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes abgesehen werden.

(5) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen *nach Maßgabe*

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 11

(1) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen **umzuwandeln oder** zusätzlich zu schaffen, wenn ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis vorliegt, das ein Hinausschieben der Entscheidung bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1970 ausschließt. **Die umgewandelten Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln",** die zusätzlichen Planstellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend" zu versehen. Über den weiteren Verbleib ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

(5) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen **im Zusammen-**

Entwurf

des Zweiten Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts umzuwandeln. Diese Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln" zu versehen. Über den weiteren Verbleib der umgewandelten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 12

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. Von der Einholung der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages darf nur abgesehen werden, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet; in diesem Falle ist der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages unverzüglich zu unterrichten.

(4) Über den weiteren Verbleib der durch den Bundesminister der Finanzen nach den Absätzen 1 und 3 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienst-

Beschlüsse des 13. Ausschusses

hang mit dem Zweiten Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts umzuwandeln. Diese Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln" zu versehen. Über den weiteren Verbleib der umgewandelten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 12

unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
behörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland unter Wegfall der Bezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.	
§ 13	§ 13
(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem *oberen Bundesgericht* gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243), zuletzt geändert durch das Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 593), zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden *oberen Bundesgerichts* eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.	(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem **obersten Gerichtshof des Bundes** gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243), zuletzt geändert durch das Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 593), zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden **obersten Gerichtshofes des Bundes** eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.
(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem *oberen Bundesgericht* zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.	(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem **obersten Gerichtshof des Bundes** zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.
§ 14	§ 14
(1) Die Bundesregierung kann Mittel und Planstellen umsetzen, wenn Aufgaben von einer Verwaltung auf eine andere Verwaltung übergehen. Eines Beschlusses der Bundesregierung bedarf es nicht, wenn die beteiligten Bundesminister und der Bundesminister der Finanzen über die Umsetzung einig sind.	unverändert
(2) Eine Planstelle darf mit Einwilligung des Bundesministers der Finanzen in eine andere Verwaltung umgesetzt werden, wenn dort ein unvorhergesehener und unabweisbarer vordringlicher Personalbedarf besteht. Über den weiteren Verbleib der Planstelle ist im nächsten Haushaltsplan Bestimmung zu treffen.	
(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Mittel und für Stellen der Angestellten und Arbeiter entsprechend.	
(4) § 36 a Abs. 3 RHO findet im Rechnungsjahr 1969 keine Anwendung.	
§ 15	§ 15
(1) Abweichend von § 17 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 in der Fassung vom 25. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1047) und von	(1) unverändert

Entwurf

§ 20 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Finanzänderungsgesetzes 1967 vom 21. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1259), können die nach diesen Vorschriften für Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues zu verwendenden Rückflüsse, Erträge, Rückzahlungen oder Erlöse auch für Maßnahmen zugunsten des Wohnungsbaues im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung verwendet werden.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr Gesellschaften des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung des Baues von Bundesfernstraßen auf Grund des Artikels 2 Abs. 2 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes vom 28. März 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 201), geändert durch das Gesetz über Umstellung der Abgaben auf Mineralöl vom 20. Dezember 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 995), und mit der Finanzierung von Investitionsvorhaben des Wasserstraßenbaues bis zur Höhe von insgesamt 624 000 000 Deutsche Mark zu beauftragen.

(3) Artikel 16 des Gesetzes zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, II. Teil (Finanzänderungsgesetz 1967) vom 21. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1259) gilt mit der Maßgabe, daß im Rechnungsjahr 1969 ein Betrag von 350 000 000 Deutsche Mark von der Zweckbindung nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes freigestellt wird.

§ 16

Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Rechnungsjahr 1969 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

§ 17

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen dürfen nur vorgenommen werden, wenn ihre Notwendigkeit durch das Gutachten eines kraftfahrtechnischen Sachverständigen des Bundesministeriums der Finanzen, in den Bereichen des Bundesministers des Innern, des Bundesministers der Verteidigung und des Bundesministers für Verkehr durch das Gutachten des jeweils für den Bereich des betreffenden Ministeriums zuständigen kraftfahrtechnischen Sach-

Beschlüsse des 13. Ausschusses

(2) unverändert

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird außerdem ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr Gesellschaften des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung von Straßenbauvorhaben im Rahmen der Strukturmaßnahmen Ruhr, Saar, Zonenrandgebiete, Bundesausbaugebiete und -orte (Gemeinsames Strukturprogramm) bis zur Höhe von insgesamt 108 500 000 Deutsche Mark zu beauftragen.

(4) Artikel 16 des Gesetzes zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, II. Teil (Finanzänderungsgesetz 1967) vom 21. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1259) gilt mit der Maßgabe, daß im Rechnungsjahr 1969 ein Betrag von 350 000 000 Deutsche Mark von der Zweckbindung nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes freigestellt wird.

§ 16

unverändert

§ 17

unverändert

Entwurf / Beschlüsse des 13. Ausschusses

verständigen festgestellt ist. Der Bundesminister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

§ 18

Entwurf: Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 7 000 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf. Darauf sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind. Soweit Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden. *Die Kredite dürfen nicht später als 24 Monate nach ihrer Aufnahme fällig werden.*

Beschlüsse: Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 7 000 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf. Darauf sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind. Soweit Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden.

§ 19

Entwurf: (1) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 19 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1968 vom 3. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. II S. 345) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1968 bleibt bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1970 wirksam.

Beschlüsse: (1) unverändert

Entwurf: (2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1969 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von *3 589 000 000* Deutsche Mark nicht übersteigen darf.

Beschlüsse: (2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1969 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von **3 851 500 000** Deutsche Mark nicht übersteigen darf.

Entwurf: (3) Dem Kreditrahmen nach Absatz 2 wachsen die Beträge für die Anschlußfinanzierungen von im Rechnungsjahr 1969 fällig werdenden Krediten sowie für die Abdeckung des kassenmäßigen Fehlbetrages aus dem Rechnungsjahr 1967, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamtplans) ergibt, zu.

Beschlüsse: (3) unverändert

Entwurf: (4) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Finanzierung des Zweiten Programms für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/1968 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 1 450 000 000 Deutsche Mark nicht übersteigen darf. Darauf sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund der Ermächtigung des § 6 Abs. 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) aufgenommen sind.

Beschlüsse: (4) unverändert

§ 20

Entwurf: (1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kredit-

Beschlüsse: unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

gebern für Kredite an ausländische Schuldner. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —,

b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;

2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung bilateraler Kapitalhilfe,

   b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;

3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —;

4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. — Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können —;

5. zur Sicherung der Finanzierung von förderungswürdigen Aufbauvorhaben in Entwicklungsländern, für die der Bund im Rahmen der Kreditzusageermächtigungen für Kapitalhilfe eine Finanzierungszusage gegeben hat, wenn dadurch eine Finanzierung mit Haushaltsmitteln vermieden wird.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 24 000 000 000 Deutsche

Entwurf | Beschlüsse des 13. Ausschusses

Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 9 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 5 auf 250 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

§ 21

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zum Höchstbetrage von *2 000 000 000* Deutsche Mark zu übernehmen.

Beschlüsse des 13. Ausschusses:

§ 21

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zum Höchstbetrage von **2 400 000 000** Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 22

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 1 500 000 000 Deutsche Mark zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt.

Beschlüsse des 13. Ausschusses:

§ 22

unverändert

§ 23

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 20 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;
2. zur Förderung des Verkehrswesens;
3. zur Förderung des Wohnungsbaues und der damit verbundenen städtebaulichen Maßnahmen, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden;
4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen — zu vergleichen § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1001) —;
5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 565) — Grüner Plan —;
6. zur Förderung der Deutschen Fischwirtschaft;
7. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;

Beschlüsse des 13. Ausschusses:

§ 23

unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses

8. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung von Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446), in der Fassung vom 1. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1945), zuletzt geändert durch das Zwanzigste Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 15. Juli 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 806);
9. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken namentlich aus Anlaß des Bezugs oder der Verwendung von Kernbrennstoffen für friedliche Zwecke, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;
10. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateraler Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhängig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer auf Freistellung des Bundes bleibt unberührt —;
11. zur Förderung des Baues von Hausschutzräumen in Wohngebäuden im Sinne des Schutzbaugesetzes vom 9. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1232), zuletzt geändert durch das Finanzänderungsgesetz 1967 vom 21. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1259). — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Innern festlegt —;
12. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren, Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 24

Gewährleistungen nach den §§ 20 bis 23 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 24

unverändert

§ 25

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 20 bis 23 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 20 bis 23 des Haushaltsgesetzes 1968 enthalten sind. Die Anrechnung erfolgt, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

§ 25

unverändert

Entwurf

(2) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 20 bis 23 können mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 26

Der Bundesminister der Finanzen hat dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages halbjährlich über den Stand der nach §§ 20 bis 23 übernommenen Verpflichtungen zu berichten.

§ 27

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kann im Namen des Deutschen Bundestages den Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung um die Erstattung von Gutachten ersuchen.

§ 28

(1) §§ 2, 3, 5 Abs. 1 und 2, Abs. 3 Satz 1, §§ 7, 8, 10 bis 14, § 15 Abs. 1 und 2, §§ 17, 18, 19 Abs. 1 bis 3 und §§ 20 bis 27 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Rechnungsjahres weiter.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann ab 1. Januar 1970 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1970 zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts Geldmittel im Wege des Kredits bis zu 1 000 000 000 Deutsche Mark beschaffen. Die auf Grund dieser Ermächtigung aufgenommenen Kredite sind auf den durch das Haushaltsgesetz 1970 festzulegenden Kreditrahmen für die in Satz 1 bezeichneten Zwecke anzurechnen.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, ab 1. Januar 1970 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1970 für Anschlußfinanzierungen im Sinne des § 19 Abs. 3 sowie zur Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren Kredite bis zu 50 vom Hundert der zu tilgenden Kredite und der abzu-

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 26

unverändert

§ 27

unverändert

§ 28

(1) unverändert

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr ab 1. Januar 1970 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1970 zur Deckung der Ausgaben für Straßenbauvorhaben des Gemeinsamen Strukturprogramms Kredite bis zur Höhe von 50 vom Hundert des in § 15 Abs. 3 für das Rechnungsjahr 1969 vorgesehenen Ermächtigungsrahmens aufzunehmen. Die auf Grund dieser Ermächtigung aufgenommenen Kredite werden auf die im Haushaltsgesetz 1970 für das Gemeinsame Strukturprogramm eingestellte Kreditermächtigung angerechnet.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ab 1. Januar 1970 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1970 zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts Geldmittel im Wege des Kredits bis zu 1 000 000 000 Deutsche Mark beschaffen. Die auf Grund dieser Ermächtigung aufgenommenen Kredite sind auf den durch das Haushaltsgesetz 1970 festzulegenden Kreditrahmen für die in Satz 1 bezeichneten Zwecke anzurechnen.

(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, ab 1. Januar 1970 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1970 für Anschlußfinanzierungen im Sinne des § 19 Abs. 3 sowie zur Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren Kredite bis zu 50 vom Hundert der zu tilgenden Kredite und der abzu-

Entwurf

deckenden Fehlbeträge, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht zum Regierungsentwurf des Haushaltsplans 1970 ergibt, aufzunehmen. Die auf Grund dieser Ermächtigung aufgenommenen Kredite sind auf den durch das Haushaltsgesetz 1970 festzulegenden Kreditrahmen für die in Satz 1 bezeichneten Zwecke anzurechnen.

(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in der Zeit vom 1. Januar 1970 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1970 Darlehensverpflichtungen zu Lasten künftiger Rechnungsjahre einzugehen, soweit dies zur Fortführung von Maßnahmen erforderlich ist, für die bereits im Haushaltsplan 1969 Bindungsermächtigungen bewilligt worden sind. Die neuen Verpflichtungen dürfen jeweils 50 vom Hundert des für den einzelnen Zweck im Haushaltsplan 1969 vorgesehenen Ermächtigungsbetrages, höchstens jedoch 50 vom Hundert des im Regierungsentwurf des Haushaltsplans 1970 vorgesehenen Ermächtigungsbetrages nicht überschreiten. Die auf Grund dieser Ermächtigung eingegangenen Verpflichtungen sind jeweils auf die durch den Haushaltsplan 1970 festgelegten Bindungsermächtigungen anzurechnen.

§ 29

Der Bundesminister der Finanzen kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen.

§ 30

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 31

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1969 in Kraft.

Beschlüsse des 13. Ausschusses

deckenden Fehlbeträge, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht zum Regierungsentwurf des Haushaltsplans 1970 ergibt, aufzunehmen. Die auf Grund dieser Ermächtigung aufgenommenen Kredite sind auf den durch das Haushaltsgesetz 1970 festzulegenden Kreditrahmen für die in Satz 1 bezeichneten Zwecke anzurechnen.

(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in der Zeit vom 1. Januar 1970 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1970 Darlehensverpflichtungen zu Lasten künftiger Rechnungsjahre einzugehen, soweit dies zur Fortführung von Maßnahmen erforderlich ist, für die bereits im Haushaltsplan 1969 Bindungsermächtigungen bewilligt worden sind. Die neuen Verpflichtungen dürfen jeweils 50 vom Hundert des für den einzelnen Zweck im Haushaltsplan 1969 vorgesehenen Ermächtigungsbetrages, höchstens jedoch 50 vom Hundert des im Regierungsentwurf des Haushaltsplans 1970 vorgesehenen Ermächtigungsbetrages nicht überschreiten. Die auf Grund dieser Ermächtigung eingegangenen Verpflichtungen sind jeweils auf die durch den Haushaltsplan 1970 festgelegten Bindungsermächtigungen anzurechnen.

§ 29

unverändert

§ 30

unverändert



Entwurf

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1969

Teil I: Gesamtabschluß

Teil II: Finanzierungsübersicht

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Teil I: Gesamtabschluß

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen			
		Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Verwaltungs-einnahmen DM	Übrige Einnahmen DM	Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	01				
	Bundespräsident und Bundespräsidialamt				
01 01	Bundespräsident	—	—	—	—
01 03	Bundespräsidialamt	—	20 300	—	20 300
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**20 300**	—	**20 300**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	18 300		18 300
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 2 000	—	+ 2 000
	02				
	Deutscher Bundestag				
02 01	Deutscher Bundestag	—	184 200	3 968 300	4 152 500
02 03	Der Wehrbeauftragte des Bundestages	—	1 500	—	1 500
02 04	Bundesversammlung	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**185 700**	**3 968 300**	**4 154 000**
	Gesamtabschluß 1968	—	183 700	4 095 000	4 278 700
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 2 000	— 126 700	— 124 700
	03				
	Bundesrat				
03 01	Bundesrat	—	30 400	—	30 400
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**30 400**	—	**30 400**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	25 000	—	25 000
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 5 400	—	+ 5 400
	04				
	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt				
04 01	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—	17 800	—	17 800
04 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	1 000	—
04 03	Presse- und Informationsamt der BR	—	318 200	—	318 200
04 04	Bundesnachrichtendienst	—	—	—	—
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**336 000**	**1 000**	**337 000**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968		444 600	—	444 600
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	— 108 600	+ 1 000	— 107 600
	05				
	Auswärtiges Amt				
05 01	Auswärtiges Amt	—	196 500	33 000	229 500
05 02	Allgemeine Bewilligungen	—	100 000	—	100 000
05 03	Vertretungen des Bundes im Ausland	—	7 765 500	—	7 765 500
05 04	Angelegenheiten des Europarats und verwandte Gebiete	—	—	—	—
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**8 062 000**	**33 000**	**8 095 000**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	7 737 700	35 000	7 772 700
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 324 300	— 2 000	+ 322 300

Teil I: Gesamtabschluß

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben							
Personal-ausgaben DM	Sächliche Verwaltungs-ausgaben DM	Schulden-dienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungs-ausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14
276 000	300 000	—	700 000	—	—	1 276 000	01 01
2 002 500	1 271 400	—	—	348 400	—	3 622 300	01 03
2 278 500	**1 571 400**	—	**700 000**	**348 400**	—	**4 898 300**	
2 176 600	1 982 300	—	720 000	22 300	—	4 901 200	
+ 101 900	— 410 900	—	— 20 000	+ 326 100	—	— 2 900	
64 181 700	12 267 000	—	5 811 700	23 710 000	—	105 970 400	02 01
1 083 100	230 200	—	—	—	—	1 313 300	02 03
690 000	230 000	—	—	—	—	920 000	02 04
65 954 800	**12 727 200**	—	**5 811 700**	**23 710 000**	—	**108 203 700**	
60 194 000	9 959 900	—	5 373 600	*) 26 158 500	—	*) 101 686 000	
+ 5 760 800	+ 2 767 300	—	+ 438 100	—	—	+ 6 517 700	
2 159 400	974 700	—	—	83 000	—	3 217 100	03 01
2 159 400	**974 700**	—	—	**83 000**	—	**3 217 100**	
2 081 000	961 800	—	—	51 000	—	3 093 800	
+ 78 400	+ 12 900	—	—	+ 32 000	—	+ 123 300	
7 490 200	2 901 900	—	—	62 800	—	10 454 900	04 01
—	—	—	3 321 000	600 000	— 6 455 600	— 2 534 600	04 02
14 599 500	91 301 700	—	4 600 000	510 500	—	111 011 700	04 03
—	72 200 000	—	—	—	—	72 200 000	04 04
22 089 700	**166 403 600**	—	**7 921 000**	**1 173 300**	**— 6 455 600**	**191 132 000**	
21 199 800	158 161 200	—	7 111 300	792 700	— 6 410 900	180 854 100	
+ 889 900	+ 8 242 400	—	+ 809 700	+ 380 600	— **44 700**	+ 10 277 900	
55 359 500	11 727 400	—	—	4 277 800	—	71 364 700	05 01
—	10 633 500	—	371 887 200	24 560 300	—	407 081 000	05 02
192 748 000	38 290 000	—	2 000 000	15 111 800	—	248 149 800	05 03
—	3 000	—	6 575 000	—	—	6 578 000	05 04
248 107 500	**60 653 900**	—	**380 462 200**	**43 949 900**	—	**733 173 500**	
241 771 200	58 348 400	—	361 966 500	36 666 900	—	698 753 000	
+ 6 336 300	+ 2 305 500	—	+ 18 495 700	+ 7 283 000	—	+ 34 420 500	

*) davon 20 750 000 DM im außerordentlichen Haushalt

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Verwaltungseinnahmen DM	Übrige Einnahmen DM	Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	06				
	Bundesminister des Innern				
06 01	Bundesministerium des Innern	—	58 000	—	58 000
06 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	15 381 400	15 381 400
06 03	Bundesverwaltungsgericht in Berlin	—	508 200	—	508 200
06 04	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin	—	400	—	400
06 06	Der Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesverwaltungsgericht in Frankfurt (Main)	—	200	—	200
06 07	Bundesdisziplinargericht in Frankfurt (Main)	—	30 000	—	30 000
06 08	Statistisches Bundesamt in Wiesbaden	—	395 500	200	395 700
06 09	Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln	—	92 800	83 500	176 300
06 10	Bundeskriminalamt in Wiesbaden	—	111 100	3 000	114 100
06 13	Bundesarchiv in Koblenz	—	62 500	—	62 500
06 14	Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung in Bad Godesberg	—	167 500	—	167 500
06 15	Bundesverwaltungsamt in Köln	—	61 600	3 000	64 600
06 16	Institut für Angewandte Geodäsie in Frankfurt (Main)	—	244 000	—	244 000
06 19	Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz in Bad Godesberg	—	10 181 300	—	10 181 300
06 20	Akademie für zivile Verteidigung	—	—	—	—
06 21	Bundesluftschutzverband	—	—	—	—
06 24	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	—	150 000	—	150 000
06 25	Bundesgrenzschutz	—	2 440 000	709 800	3 149 800
06 26	Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern in Bonn	—	73 200	70 000	143 200
06 29	Deutsches Archäologisches Institut in Berlin	—	30 800	—	30 800
06 33	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf (Kr. Fürth)	—	13 500	—	13 500
06 34	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln	—	800	—	800
06 35	Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn	—	9 000	—	9 000
06 36	Kriegsfolgenhilfe und entsprechende Leistungen, Kriegsopferfürsorge	—	2 600 000	73 040 000	75 640 000
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**17 230 400**	**89 290 900**	**106 521 300**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	13 010 900	84 397 900	97 408 800
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 4 219 500	+ 4 893 000	+ 9 112 500
	07				
	Bundesminister der Justiz				
07 01	Bundesministerium der Justiz	—	3 162 300	50 000	3 212 300
07 02	Allgemeine Bewilligungen	—	1 000	—	1 000
07 03	Bundesgerichtshof in Karlsruhe	—	3 562 500	—	3 562 500
07 04	Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe	—	500	—	500
07 05	Deutsches Patentamt in München	—	102 225 500	—	102 225 500
07 06	Bundespatentgericht in München	—	2 000	—	2 000
07 07	Oberstes Rückerstattungsgericht in Herford	—	2 200	25 000	27 200
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**108 956 000**	**75 000**	**109 031 000**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	97 957 800	80 500	98 038 300
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 10 998 200	— 5 500	+ 10 992 700

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben							
Personal-ausgaben DM	Sächliche Verwaltungs-ausgaben DM	Schulden-dienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungs-ausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14
27 080 100	3 010 400	—	—	448 700	—	30 539 200	06 01
—	1 422 000	—	267 357 600	146 229 200	— 84 000	414 924 800	06 02
6 937 200	778 800	—	—	43 000	—	7 759 000	06 03
524 600	28 800	—	—	—	—	553 400	06 04
461 700	46 300	—	—	—	—	508 000	06 06
551 600	212 900	—	—	—	—	764 500	06 07
43 854 600	7 301 600	—	502 500	677 900	—	52 336 600	06 08
16 698 800	9 989 000	—	—	3 261 600	—	29 949 400	06 09
14 611 000	4 293 500	—	—	3 521 200	—	22 425 700	06 10
3 810 600	1 564 400	—	9 000	1 418 700	—	6 802 700	06 13
2 310 100	866 600	—	—	—	—	3 176 700	06 14
11 058 100	2 803 700	—	28 765 800	137 600	—	42 765 200	06 15
4 975 000	971 600	—	—	393 200	—	6 339 800	06 16
26 067 900	34 588 300	—	60 000	18 229 600	—	78 945 800	06 19
601 600	213 700	—	—	5 000	—	820 300	06 20
—	—	—	31 282 700	3 200 000	—	34 482 700	06 21
—	296 000	—	—	17 704 000	—	18 000 000	06 24
205 144 000	50 695 100	—	568 000	58 014 400	—	314 421 500	06 25
4 932 000	848 200	—	—	56 500	—	5 836 700	06 26
6 688 900	1 485 600	—	1 384 100	662 900	—	10 221 500	06 29
1 490 500	154 800	—	—	1 000	—	1 646 300	06 33
1 342 700	876 600	—	—	84 500	—	2 303 800	06 34
2 054 200	13 071 400	—	—	2 500	—	15 128 100	06 35
—	—	—	484 094 600	33 200 000	—	517 294 600	06 36
381 195 200	**135 519 300**	—	**814 024 300**	**287 291 500**	**— 84 000**	**1 617 946 300**	
359 355 200	130 066 300		873 803 100	182 772 400	— 70 000	1 545 927 000	
+ 21 840 000	+ 5 453 000	—	— 59 778 800	+ 104 519 100	— 14 000	+ 72 019 300	
12 963 500	2 459 200	—	—	7 700	—	15 430 400	07 01
—	—	—	540 800	—	—	540 800	07 02
9 112 700	2 213 800	—	1 000	33 000	—	11 360 500	07 03
5 138 100	52 900	—	—	—	—	5 191 000	07 04
47 972 500	23 728 500	—	873 500	2 492 700	—	75 067 200	07 05
8 437 700	141 500	—	—	—	—	8 579 200	07 06
859 800	134 300	—	569 900	—	—	1 564 000	07 07
84 484 300	**28 730 200**	—	**1 985 200**	**2 533 400**	—	**117 733 100**	
81 266 100	24 128 100	—	1 259 200	3 338 600	—	109 992 000	
+ 3 218 200	+ 4 602 100	—	+ 726 000	— 805 200	—	+ 7 741 100	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Verwaltungseinnahmen DM	Übrige Einnahmen DM	Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	08 **Bundesminister der Finanzen**				
08 01	Bundesministerium der Finanzen	—	220 600	5 100	225 700
08 02	Allgemeine Bewilligungen	—	100	—	100
08 03	Bundesfinanzhof in München	—	168 100	—	168 100
08 04	Bundesfinanzverwaltung	—	27 980 000	8 842 000	36 822 000
08 08	Bundeshauptkasse in Bonn	—	—	—	—
08 09	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Offenbach	—	—	—	—
08 10	Verwaltungsamt für innere Restitutionen in Stadthagen	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**28 368 800**	**8 847 100**	**37 215 900**
	Gesamtabschluß 1968	—	29 010 200	7 943 300	36 953 500
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	— 641 400	+ 903 800	+ 262 400
	09 **Bundesminister für Wirtschaft**				
09 01	Bundesministerium für Wirtschaft	—	883 800	50 000	933 800
09 02	Allgemeine Bewilligungen	—	120 000	12 746 200	12 866 200
09 03	Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig und Berlin	—	4 079 600	164 400	4 244 000
09 04	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen in Berlin	—	74 600	6 628 100	6 702 700
09 05	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt (Main)	—	22 900	3 100	26 000
09 06	Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln	—	20 900	100	21 000
09 07	Bundesanstalt für Materialprüfung in Berlin	—	2 546 300	208 000	2 754 300
09 08	Bundeskartellamt in Berlin	—	755 600	—	755 600
09 09	Bundesanstalt für Bodenforschung in Hannover	—	54 800	1 020 000	1 074 800
09 10	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin	—	46 300	3 541 900	3 588 200
09 11	Institut für chemisch-technische Untersuchungen	—	5 600	10 000	15 600
09 12	Bundesbeauftragter für den Steinkohlenbergbau und die Steinkohlenbergbaugebiete	—	—	—	—
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**8 610 400**	**24 371 800**	**32 982 200**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	8 371 400	21 765 900	30 137 300
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 239 000	+ 2 605 900	+ 2 844 900
	10 **Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**				
10 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	67 900	—	67 900
10 02	Allgemeine Bewilligungen	11 050 000	5 420 000	77 275 600	93 745 600
10 03	Marktordnung	700 850 000	2 050 000	294 800	703 194 800
10 07	Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft in Frankfurt (Main)	—	258 700	637 300	896 000
10 08	Bundessortenamt in Rethmar	—	932 800	—	932 800
10 10	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin und Braunschweig	—	3 909 000	220 000	4 129 000
10 11	Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel	—	189 000	153 800	342 800

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben							
Personalausgaben DM	Sächliche Verwaltungsausgaben DM	Schuldendienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungsausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14
53 429 300	4 488 000	—	—	340 700	—	58 258 000	08 01
—	3 056 500	—	449 600	—	—	3 506 100	08 02
3 848 100	320 500	—	—	824 600	—	4 993 200	08 03
591 850 000	152 824 900	—	3 300	36 014 200	—	780 692 400	08 04
1 289 000	—	—	—	—	—	1 289 000	08 08
—	—	—	—	—	—	—	08 09
188 000	51 800	—	—	—	—	239 800	08 10
650 604 400	**160 741 700**	—	**452 900**	**37 179 500**	—	**848 978 500**	
652 828 600	156 006 800	—	419 400	*) 46 927 200	—	*) 856 182 000	
— 2 224 200	+ 4 734 900	—	+ 33 500	— 9 747 700	—	— 7 203 500	
39 469 800	5 073 400		15 700	4 865 800	—	49 424 700	09 01
—	29 730 000	—	675 228 100	19 000 000	—	723 958 100	09 02
22 597 700	7 499 600	—	6 900	16 347 600	—	46 451 800	09 03
5 789 000	527 300	—	13 000	100 000	—	6 429 300	09 04
8 830 200	2 145 200	—	800	122 000	—	11 098 200	09 05
2 426 400	3 213 300	—	—	—	—	5 639 700	09 06
14 873 400	4 663 800	—	15 800	15 929 000	—	35 482 000	09 07
4 146 200	267 500	—	—	—	—	4 413 700	09 08
5 794 700	4 009 200	—	10 100	571 600	—	10 385 600	09 09
2 700 500	570 600	—	—	9 300	—	3 280 400	09 10
1 897 800	707 900	—	100	6 357 900	—	8 963 700	09 11
979 400	837 100	—	—	10 000	—	1 826 500	09 12
109 505 100	**59 244 900**	—	**675 290 500**	**63 313 200**	—	**907 353 700**	
103 616 700	45 943 100	870 000	800 294 000	33 923 400	—	984 647 200	
+ 5 888 400	+ 13 301 800	— 870 000	— 125 003 500	+ 29 389 800	—	— 77 293 500	
20 375 900	2 331 800	—	—	90 900	—	22 798 600	10 01
3 869 500	17 550 000	—	2 270 974 200	642 903 100	—	2 935 296 800	10 02
—	—	—	2 000 326 000	—	—	2 000 326 000	10 03
7 060 000	2 084 900	—	—	—	—	9 144 900	10 07
2 767 600	1 683 400	—	—	287 000	—	4 738 000	10 08
8 216 000	2 882 300	—	16 300	5 544 300	—	16 658 900	10 10
4 168 300	1 289 800	—	82 200	690 000	—	6 230 300	10 11

*) davon 28 300 000 DM im außerordentlichen Haushalt

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Verwaltungseinnahmen DM	Übrige Einnahmen DM	Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
10 12	Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg	—	247 200	135 000	382 200
10 13	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Reinbek bei Hamburg	—	53 100	571 700	624 800
10 14	Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht in Celle	—	294 200	20 000	314 200
10 15	Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin und Detmold	—	533 300	140 000	673 300
10 16	Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach	—	18 000	805 000	823 000
10 17	Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung in Karlsruhe	—	12 000	50 000	62 000
10 18	Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Erzeugnisse in Geisenheim	—	10 800	20 000	30 800
10 19	Bundesanstalt für Tabakforschung in Forchheim	—	58 800	2 000	60 800
10 20	Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft in Stuttgart-Hohenheim	—	4 500	40 000	44 500
10 21	Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege in Bad Godesberg	—	48 900	5 000	53 900
10 22	Bundesanstalt für Fettforschung in Münster (Westf.)	—	8 000	175 000	183 000
10 23	Bundesforschunganstalt für Rebenzüchtung Geilweilerhof in Siebeldingen	—	357 900	70 000	427 900
10 24	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Tübingen	—	69 300	—	69 300
10 25	Forschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig-Völkenrode	—	612 600	50 000	662 600
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	**711 900 000**	**15 156 000**	**80 665 200**	**807 721 200**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	586 950 000	13 707 600	80 474 900	681 132 500
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	+ 124 950 000	+ 1 448 400	+ 190 300	+ 126 588 700

11

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Kap.	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Verwaltungseinnahmen DM	Übrige Einnahmen DM	Summe Einnahmen DM
11 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	—	124 000	—	124 000
11 02	Allgemeine Bewilligungen	—	121 000	244 400	365 400
11 03	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung in Wilhelmshaven	—	1 900	76 500	78 400
11 04	Bundesinstitut für Arbeitsschutz in Koblenz	—	100 200	2 000	102 200
11 05	Bundesarbeitsgericht in Kassel	—	101 400	—	101 400
11 06	Bundesversicherungsamt in Berlin	—	19 100	86 000	105 100
11 07	Bundessozialgericht in Kassel	—	167 000	—	167 000
11 08	Ziviler Ersatzdienst	—	3 000	13 418 800	13 421 800
11 09	Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer	—	—	45 000	45 000
11 10	Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	—	20 000	5 000	25 000
11 11	Arbeitslosenhilfe	—	5 000	10 603 000	10 608 000
11 13	Sozialversicherung	—	1 210 000	1 530 000	2 740 000
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**1 872 600**	**26 010 700**	**27 883 300**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	1 731 100	18 429 600	20 160 700
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 141 500	+ 7 581 100	+ 7 722 600

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben							
Personal-ausgaben DM	Sächliche Verwaltungs-ausgaben DM	Schulden-dienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungs-ausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14
4 574 700	1 374 100	—	—	1 692 000	—	7 640 800	10 12
3 478 400	1 055 700	—	5 400	2 675 000	—	7 214 500	10 13
1 511 000	608 800	—	—	401 300	—	2 521 100	10 14
2 683 500	795 000	—	—	1 708 900	—	5 187 400	10 15
1 508 100	526 900	—	—	108 700	—	2 143 700	10 16
2 663 000	1 097 200	—	—	228 900	—	3 989 100	10 17
677 800	184 900	—	—	274 000	—	1 136 700	10 18
1 070 700	186 900	—	1 200	—	—	1 258 800	10 19
738 400	158 700	—	200	42 000	—	939 300	10 20
733 400	559 200	—	—	10 000	—	1 302 600	10 21
611 500	206 900	—	—	25 200	—	843 600	10 22
1 639 500	726 800	—	500	1 546 800	—	3 913 600	10 23
2 582 600	921 400	—	—	571 800	—	4 075 800	10 24
9 801 300	2 552 800	—	266 000	8 640 800	—	21 260 900	10 25
80 731 200	**38 777 500**	—	**4 271 672 000**	**667 440 700**	—	**5 058 621 400**	
77 184 100	36 509 300	—	3 917 560 600	435 010 000	—	4 466 264 000	
+ 3 547 100	+ 2 268 200	—	+ 354 111 400	+ 232 430 700	—	+ 592 357 400	
18 668 700	3 183 300	—	—	248 000	—	22 100 000	11 01
—	1 553 000	—	19 128 500	17 500 000	—	38 181 500	11 02
2 566 900	247 700	—	—	205 000	—	3 019 600	11 03
1 070 600	462 200	—	—	65 000	—	1 597 800	11 04
2 068 900	181 000	—	—	9 700	—	2 259 600	11 05
3 262 500	453 600	—	—	2 500	—	3 718 600	11 06
4 292 900	284 100	—	—	10 000	—	4 587 000	11 07
11 555 700	7 951 200	—	6 219 800	330 000	—	26 056 700	11 08
—	470 000	—	3 450 000	4 000 000	—	7 920 000	11 09
—	179 325 000	—	5 663 491 000	120 000 000	—	5 962 816 000	11 10
—	—	—	49 124 500	3 403 000	—	52 527 500	11 11
—	—	—	10 757 103 900	—	—	10 757 103 900	11 13
43 486 200	**194 111 100**	—	**16 498 517 700**	**145 773 200**	—	**16 881 888 200**	
35 248 300	206 070 100	—	16 294 040 900	139 410 700	—	16 674 770 000	
+ 8 237 900	— 11 959 000	—	+ 204 476 800	+ 6 362 500	—	+ 207 118 200	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Einnahmen: Verwaltungs-einnahmen DM	Einnahmen: Übrige Einnahmen DM	Einnahmen: Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
12 01	Bundesminsterium für Verkehr	—	117 400	16 700	134 100
12 02	Allgemeine Bewilligungen	—	20 100	40 782 400	40 802 500
12 03	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	—	99 613 000	20 063 500	119 676 500
12 04	Staatswerft in Rendsburg-Saatsee	—	26 200	—	26 200
12 06	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	—	6 500	1 080 000	1 086 500
12 07	Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz	—	28 800	154 000	182 800
12 08	Bundesamt für Schiffsvermessung in Hamburg	—	1 000 300	1 000	1 001 300
12 09	Deutsches Hydrographisches Institut in Hamburg	—	2 668 800	1 233 500	3 902 300
12 10	Bundesfernstraßen	—	29 941 000	6 847 600	36 788 600
12 11	Bundesanstalt für Straßenwesen in Köln	—	313 900	5 068 900	5 382 800
12 12	Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg-Mürwik	—	21 553 600	638 900	22 192 500
12 13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten in Frankfurt (Main)	—	58 100	—	58 100
12 14	Deutscher Wetterdienst in Offenbach (Main)	—	3 598 300	65 000	3 663 300
12 15	Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt (Main)	—	475 900	2 080 500	2 556 400
12 16	Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig	—	260 100	2 000	262 100
12 17	Luftfahrt	—	—	6 131 400	6 131 400
12 18	Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden	—	—	—	—
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**159 682 000**	**84 165 400**	**243 847 400**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	164 856 800	75 247 400	240 104 200
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	— 5 174 800	+ 8 918 000	+ 3 743 200
	13				
	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen				
13 01	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
13 02	Allgemeine Bewilligungen	710 000 000	—	37 671 700	747 671 700
13 03	Bundesdruckerei	—	6 782 000	—	6 782 000
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	**710 000 000**	**6 782 000**	**37 671 700**	**754 453 700**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	5 749 800	—	5 749 800
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	+ 710 000 000	+ 1 032 200	+ 37 671 700	+ 748 703 900

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben							
Personalausgaben DM	Sächliche Verwaltungsausgaben DM	Schuldendienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungsausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14
29 926 300	4 633 900	—	—	168 700	—	34 728 900	12 01
—	1 246 700	—	3 037 380 900	350 000 000	— 1 543 300	3 387 084 300	12 02
221 273 000	112 161 900	—	36 648 000	52 768 300	—	422 851 200	12 03
—	—	—	—	300 000	—	300 000	12 04
2 981 700	619 400	—	—	355 000	—	3 956 100	12 06
1 478 200	464 600	—	—	7 900	—	1 950 700	12 07
860 700	145 400	—	—	—	—	1 006 100	12 08
13 679 100	4 427 300	—	—	3 568 700	—	21 675 100	12 09
—	11 640 000	—	270 709 600	3 657 626 500	5 023 900	3 945 000 000	12 10
3 529 100	1 056 600	—	—	797 100	—	5 382 800	12 11
11 710 200	10 548 700	—	—	—	—	22 258 900	12 12
190 400	249 200	—	6 500	—	—	446 100	12 13
37 799 300	12 469 500	—	1 300	11 687 900	—	61 958 000	12 14
41 530 000	24 185 000	—	24 050 000	54 016 000	—	143 781 000	12 15
2 588 900	597 700	—	36 000	10 000	—	3 232 600	12 16
—	400 000	—	5 791 500	17 395 000	—	23 586 500	12 17
—	—	—	—	860 000 000	—	860 000 000	12 18
367 546 900	**184 845 900**	—	**3 374 623 800**	**5 008 701 100**	**3 480 600**	**8 939 198 300**	
364 095 500	175 403 500	—	**2 083 165 500**	4 213 427 700	1 470 500	6 837 562 700	
+ 3 451 400	+ 9 442 400	—	+ 1 291 458 300	+ 795 273 400	+ 2 010 100	+ 2 101 635 600	
103 400	—	—	—	—	—	**103 400**	13 01
—	—	—	119 766 000	—	—	**119 766 000**	13 02
—	—	—	—	2 000 000	—	**2 000 000**	13 03
103 400	—	—	**119 766 000**	**2 000 000**	—	**121 869 400**	
103 400	—	—	—	750 000	—	853 400	
—	—	—	+ 119 766 000	+ 1 250 000	—	+ 121 016 000	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Einnahmen: Verwaltungseinnahmen DM	Einnahmen: Übrige Einnahmen DM	Einnahmen: Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	14				
	Bundesminister der Verteidigung				
14 01	Bundesministerium der Verteidigung	—	—	—	—
14 02	Allgemeine Bewilligungen	—	161 258 000	83 308 500	244 566 500
14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.	—	360 000	13 000 000	13 360 000
14 04	Bundeswehrverwaltung und Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw.	—	—	—	—
14 05	Bildungswesen	—	—	—	—
14 06	Militärseelsorge	—	—	—	—
14 07	Rechtspflege	—	—	—	—
14 08	Sanitätswesen	—	1 945 000	20 000	1 965 000
14 10	Verpflegung	—	23 000	—	23 000
14 11	Bekleidung	—	2 700 000	—	2 700 000
14 12	Unterbringung	—	29 950 000	93 540 000	123 490 000
14 13	Pionierwesen	—	—	—	—
14 14	Fernmeldewesen	—	—	1 530 000	1 530 000
14 15	Feldzeugwesen	—	—	—	—
14 16	ABC-Schutzmaterial	—	—	—	—
14 17	Quartiermeisterwesen	—	25 000	—	25 000
14 18	Schiffe und Marinegerät	—	29 000	5 000	34 000
14 19	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	—	—	539 400	539 400
14 20	Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung	—	—	3 000 000	3 000 000
14 21	Wehrtechnik und Beschaffung	—	—	—	—
14 22	Bewilligungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und anderen internationalen Organisationen	—	—	5 500 000	5 500 000
14 23	Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten	—	—	—	—
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**196 290 000**	**200 442 900**	**396 732 900**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	233 297 500	169 634 200	402 931 700
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	— 37 007 500	+ 30 808 700	— 6 198 800
	15				
	Bundesminister für Gesundheitswesen				
15 01	Bundesministerium für Gesundheitswesen	—	32 300	—	32 300
15 02	Allgemeine Bewilligungen	—	200 000	4 360 600	4 560 600
15 03	Bundesgesundheitsamt in Berlin	—	1 491 300	150 100	1 641 400
15 04	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	—	874 700	—	874 700
15 05	Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information	—	—	—	—
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**2 598 300**	**4 510 700**	**7 109 000**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	2 033 400	3 743 000	+ 5 776 400
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 564 900	+ 767 700	+ 1 332 600
	19				
	Bundesverfassungsgericht				
19 01	Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe	—	21 500	—	21 500
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**21 500**	—	**21 500**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	28 500	—	28 500
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	— 7 000	—	— 7 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben								
Personal-ausgaben	Sächliche Verwaltungs-ausgaben	Militärische Beschaffungen Anlagen usw.	Schulden-dienst	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	Ausgaben für Investitionen	Besondere Finanzierungs-ausgaben	Summe Ausgaben	Kap.
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
193 714 100	15 981 000	—	—	—	398 700	—	210 093 800	14 01
18 000 000	228 485 000	—	—	7 600 000	—	449 762 900	703 847 900	14 02
3 232 222 000	185 233 000	—	—	1 035 000	—	—	3 418 490 000	14 03
2 012 502 800	74 225 300	—	—	430 000	2 620 900	—	2 089 779 000	14 04
3 519 000	30 219 200	—	—	—	261 800	—	34 000 000	14 05
13 690 900	3 178 400	—	—	—	343 800	—	17 213 100	14 06
2 516 300	226 000	—	—	—	—	—	2 742 300	14 07
45 000	128 665 000	50 790 000	—	2 360 000	—	—	181 860 000	14 08
20 000	285 499 000	12 310 000	—	—	—	—	297 829 000	14 10
500	120 051 500	14 187 000	—	—	—	—	134 239 000	14 11
100 000	592 922 000	1 032 000 000	—	247 250 000	38 810 000	—	1 911 082 000	14 12
—	—	62 000 000	—	—	—	—	62 000 000	14 13
—	114 000 000	602 000 000	—	—	—	—	716 000 000	14 14
328 000	6 912 000	2 267 270 000	—	—	—	—	2 274 510 000	14 15
—	—	36 500 000	—	—	—	—	36 500 000	14 16
—	280 000 000	48 334 000	—	—	—	—	328 334 000	14 17
1 000	4 058 700	512 004 900	—	—	—	600 000	516 664 600	14 18
17 800	12 510 200	2 494 800 000	—	—	—	—	2 507 328 000	14 19
—	—	997 660 000	—	67 297 400	—	—	1 064 957 400	14 20
279 027 500	35 196 000	1 200 000	—	855 000	4 216 100	—	320 494 600	14 21
—	1 213 000	—	—	293 536 300	—	—	294 749 300	14 22
617 300 000	1 050 000	—	—	299 308 000	—	—	917 658 000	14 23
6 373 004 900	**2 119 625 300**	**8 131 055 900**	—	**919 671 700**	**46 651 300**	**450 362 900**	**18 040 372 000**	
6 016 962 800	2 009 480 300	6 417 305 000	—	871 820 700	143 982 500	393 946 100	15 853 497 400	
+ 356 042 100	+ 110 145 000	+1713750900	—	+ 47 851 000	— 97 331 200	+ 56 416 800	+ 2 186 874 600	
8 049 000	1 694 500	—	—	—	30 400	—	9 773 900	15 01
—	2 930 000	—	—	32 146 700	5 900 000	—	40 976 700	15 02
15 694 900	8 712 700	—	—	15 800	3 728 700	—	28 142 100	15 03
1 565 000	715 400	—	—	600	57 700	—	2 338 700	15 04
454 000	1 107 400	—	—	400	38 000	—	1 599 800	15 05
25 752 900	**15 160 000**	—	—	**32 163 500**	**9 754 800**	—	**82 831 200**	
24 533 500	13 431 500	—	—	32 085 200	9 912 000	—	79 962 200	
+ 1 219 400	+ 1 728 500	—	—	+ 78 300	— 157 200	—	+ 2 869 000	
3 373 400	793 500	—	—	—	37 500	—	4 204 400	19 01
3 373 400	**793 500**	—	—	—	**37 500**	—	**4 204 400**	
3 322 300	443 900	—	—	—	5 686 800	—	9 453 000	
+ 51 100	+ 349 600	—	—	—	— 5 649 300	—	— 5 248 600	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Einnahmen: Verwaltungs-einnahmen DM	Einnahmen: Übrige Einnahmen DM	Einnahmen: Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	20				
	Bundesrechnungshof				
20 01	Bundesrechnungshof	—	16 900	6 000	22 900
	Gesamtabschluß 1969	—	**16 900**	**6 000**	**22 900**
	Gesamtabschluß 1968	—	12 300	6 000	18 300
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 4 600	—	+ 4 600
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
23 01	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	11 900	29 100	4' 000
23 02	Allgemeine Bewilligungen	—	200 500	184 236 100	184 436 600
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**212 400**	**184 265 200**	**184 477 600**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	110 200	111 528 600	111 638 800
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 102 200	+ 72 736 600	+ 72 838 800
	24				
	Bundesschatzminister				
24 01	Bundesschatzministerium	—	200 500	1 000	201 500
24 02	Allgemeine Bewilligungen	—	51 753 800	13 558 500	65 312 300
24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	—	248 275 000	9 305 000	257 580 000
24 04	Bundesbaudirektion	—	65 600	703 500	769 100
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**300 294 900**	**23 568 000**	**323 862 900**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	356 803 700	12 743 900	369 547 600
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	— 56 508 800	+ 10 824 100	— 45 684 700
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau				
25 01	Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau	—	30 100	100	30 200
25 02	Allgemeine Bewilligungen	—	152 000	68 675 400	68 827 400
25 03	Zweckgebundene Einnahmen für den sozialen Wohnungsbau und ihre Verwendung	—	4 492 800	280 790 000	285 282 800
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**4 674 900**	**349 465 500**	**354 140 400**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	4 577 500	265 931 000	270 508 500
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 97 400	+ 83 534 500	+ 83 631 900

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben							
Personalausgaben DM	Sächliche Verwaltungsausgaben DM	Schuldendienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungsausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14
12 774 600	1 897 700	—	—	37 200	—	14 709 500	20 01
12 774 600	**1 897 700**	—	—	**37 200**	—	**14 709 500**	
12 458 700	1 707 100	—	—	245 000	—	14 410 800	
+ 315 900	+ 190 600	—	—	— 207 800	—	+ 298 700	
8 769 000	2 193 800	—	—	2 066 300	—	13 029 100	23 01
—	9 750 000	—	734 208 000	27 400 000	—	771 358 000	23 02
8 769 000	**11 943 800**	—	**734 208 000**	**29 466 300**	—	**784 387 100**	
8 161 400	11 088 600	—	549 573 200	30 179 300	—	599 002 500	
+ 607 600	+ 855 200	—	+ 184 634 800	— 713 000	—	+ 185 384 600	
10 024 900	1 431 300	—	—	4 080 600	—	15 536 800	24 01
—	292 500	—	5 200 000	—	—	5 492 500	24 02
9 000 000	83 460 000	—	58 331 500	48 728 000	—	199 519 500	24 03
8 567 900	7 591 100	—	—	400 000	—	16 559 000	24 04
27 592 800	92 774 900	—	**63 531 500**	**53 208 600**	—	**237 107 800**	
27 271 600	91 095 300	—	61 881 300	7 853 300	—	188 101 500	
+ 321 200	1 679 600	—	+ 1 650 200	+ 45 355 300	—	+ 49 006 300	
7 965 000	1 069 400	—	—	17 500	—	9 051 900	25 01
—	1 700 000	—	469 402 600	683 271 000	—	1 154 373 600	25 02
—	—	—	73 144 700	212 138 100	—	285 282 800	25 03
7 965 000	**2 769 400**	—	**542 547 300**	**895 426 600**	—	**1 448 708 300**	
7 692 700	1 996 600	—	424 703 600	729 369 100	—	1 163 762 000	
+ 272 300	+ 772 800	—	+ 117 843 700	+ 166 057 500	—	+ 284 946 300	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Verwaltungseinnahmen DM	Übrige Einnahmen DM	Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	26				
	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte				
26 01	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	—	6 700	—	6 700
26 02	Allgemeine Bewilligungen	—	403 000	8 176 000	8 579 000
26 03	Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin und Gießen und des Beauftragten der Bundesregierung für die Verteilung im Grenzdurchgangslager Friedland	—	1 000	—	1 000
26 05	Bundesausgleichsamt in Bad Homburg v. d. H.	—	7 200	—	7 200
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**417 900**	**8 176 000**	**8 593 900**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	414 800	9 262 000	9 676 800
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 3 100	— 1 086 000	— 1 082 900
	27				
	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen				
27 01	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	—	16 400	133 400	149 800
27 02	Allgemeine Bewilligungen	—	30 000	—	30 000
	Gesamtabschluß 1969	—	**46 400**	**133 400**	**179 800**
	Gesamtabschluß 1968	—	59 400	366 600	426 000
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	— 13 000	— 233 200	— 246 200
	28				
	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder				
28 01	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	—	5 900	—	5 900
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**5 900**	—	**5 900**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	3 700	—	3 700
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 2 200	—	+ 2 200
	29				
	Bundesminister für Familie und Jugend				
29 01	Bundesministerium für Familie und Jugend	—	7 300	—	7 300
29 02	Allgemeine Bewilligungen	—	1 080 000	1 710 000	2 790 000
29 03	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in Bad Godesberg	—	1 000	—	1 000
	Gesamtabschluß 1969	—	**1 088 300**	**1 710 000**	**2 798 300**
	Gesamtabschluß 1968	—	1 083 700	1 650 000	2 733 700
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 4 600	+ 60 000	+ 64 600

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben							
Personalausgaben DM	Sächliche Verwaltungsausgaben DM	Schuldendienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungsausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14
5 154 500	475 900	—	—	32 000	—	5 662 400	26 01
—	825 000	—	68 221 200	13 000 000	—	82 046 200	26 02
2 140 700	245 800	—	—	—	—	2 386 500	26 03
3 729 600	324 900	—	—	107 600	—	4 162 100	26 05
11 024 800	**1 871 600**	—	**68 221 200**	**13 139 600**	—	**94 257 200**	
11 194 400	1 860 700	—	67 967 300	*) 15 362 000	—	*) 96 384 400	
— 169 600	+ 10 900	—	+ 253 900	— 2 222 400	—	— 2 127 200	
				*) davon 14 297 100 DM im außerordentlichen Haushalt			
7 219 500	2 042 400	—	500	94 900	—	9 357 300	27 01
—	3 200 000	—	187 217 900	19 000 000	—	209 417 900	27 02
7 219 500	**5 242 400**	—	**187 218 400**	**19 094 900**	—	**218 775 200**	
7 022 600	5 213 600	—	192 739 500	*) 19 347 500	—	*) 224 323 200	
+ 196 900	+ 28 800	—	— 5 521 100	— 252 600	—	— 5 548 000	
				*) davon 18 000 000 DM im außerordentlichen Haushalt			
1 349 900	139 400	—	—	27 400	—	1 516 700	28 01
1 349 900	**139 400**	—	—	**27 400**	—	**1 516 700**	
1 206 900	141 800	—	—	7 400	—	1 356 100	
+ 143 000	— 2 400	—	—	+ 20 000	—	+ 160 600	
4 092 800	1 188 500	—	—	52 600	—	5 333 900	29 01
—	155 000	—	2 876 280 000	23 340 400	—	2 899 775 400	29 02
152 900	73 800	—	—	—	—	226 700	29 03
4 245 700	**1 417 300**	—	**2 876 280 000**	**23 393 000**	—	**2 905 336 000**	
3 766 100	1 401 300	—	2 783 420 000	*) 15 002 000	—	*) 2 803 589 400	
+ 479 600	+ 16 000	—	+ 92 860 000	+ 8 391 000	—	+ 101 746 600	
				*) davon 15 000 000 DM im außerordentlichen Haushalt			

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Verwaltungseinnahmen DM	Übrige Einnahmen DM	Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	31				
	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung				
31 01	Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung	—	15 900	—	15 900
31 02	Bewilligungen für die allgemeine wissenschaftliche Forschung	—	50 000	50 000	100 000
31 03	Bewilligungen für die Kernforschung und Kerntechnik	—	580 000	124 300	704 300
31 04	Bewilligungen für die Weltraumforschung und die Luftfahrtforschung	—	10 000	228 400	238 400
31 05	Bewilligungen für die Datenverarbeitung und für neue Technologien	—	1 000	—	1 000
31 06	Deutsches Historisches Institut in Rom	—	2 000	—	2 000
31 07	Deutsches Historisches Institut in Paris	—	300	—	300
	Gesamtabschluß 1969	—	**659 200**	**402 700**	**1 061 900**
	Gesamtabschluß 1968	—	520 600	250 800	771 400
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 138 600	+ 151 900	+ 290 500
	32				
	Bundesschuld				
32 03	Bundesschuldenverwaltung	—	69 100	2 000 000	2 069 100
32 05	Verzinsung	—	—	66 200 000	66 200 000
32 06	Tilgung	—	—	300 000	300 000
32 07	Zum Ankauf von Schuldtiteln des Bundes	—	—	—	—
32 08	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	—	—	—	—
32 09	Schulden des Bundes, die nicht der Bundesschuldenverwaltung unterliegen	—	1 155 600	—	1 155 600
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**1 224 700**	**68 500 000**	**69 724 700**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	1 218 800	1 900 000	3 118 800
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 5 900	+ 66 600 000	+ 66 605 900
	33				
	Versorgung				
33 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
33 03	Versorgung der Beamten und Richter des Bundes	—	10 000	500 000	510 000
33 04	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	—	10 000	—	10 000
33 06	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	—	—	20 000	20 000
33 07	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	—	80 000	15 420 000	15 500 000
33 08	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	—	300 000	13 700 000	14 000 000
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**400 000**	**29 640 000**	**30 040 000**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	400 000	30 070 000	30 470 000
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	— 430 000	— 430 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben							
Personalausgaben DM	Sächliche Verwaltungsausgaben DM	Schuldendienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungsausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14
12 035 800	4 737 100	—	8 000	19 000	—	16 799 900	31 01
—	—	—	259 780 400	760 987 000	— 50 000 000	970 767 400	31 02
—	—	—	383 165 700	326 337 300	—	709 503 000	31 03
—	—	—	262 304 400	88 927 000	—	351 231 400	31 04
—	—	—	84 654 900	6 111 000	—	90 765 900	31 05
991 000	383 400	—	71 100	—	—	1 445 500	31 06
550 500	122 600	—	36 000	5 000	—	714 100	31 07
13 577 300	**5 243 100**	—	**990 020 500**	**1 182 386 300**	**— 50 000 000**	**2 141 227 200**	
11 693 700	4 885 500	—	853 151 700	*) 1 052 533 600	—	*) 1 922 264 500	
+ 1 883 600	+ 357 600	—	+ 136 868 800	+ 129 852 700	— 50 000 000	+ 218 962 700	
				*) davon 867 670 000 DM im außerordentlichen Haushalt			
8 103 800	43 579 100	—	—	44 000	—	51 726 900	32 03
—	—	2 636 842 600	—	—	—	*) 2 636 842 600	32 05
—	—	—	—	—	— 300 000 000	— 300 000 000	32 06
—	—	—	—	—	—	—	32 07
—	—	—	—	— 50 000 000	—	— 50 000 000	32 08
—	25 000	3 000 000	290 677 200	—	—	293 702 200	32 09
8 103 800	**43 604 100**	**2 639 842 600**	**290 677 200**	**— 49 956 000**	**— 300 000 000**	**2 632 271 700**	
7 888 100	17 426 800	3 712 433 300	290 675 200	20 000 000	— 700 000 000	3 348 423 400	
+ 215 700	+ 26 177 300	— 1 072 590 700	+ 2 000	— 69 956 000	+ 400 000 000	— 716 151 700	
—	—	—	—	—	— 441 680 000	— 441 680 000	33 02
353 600 000	—	—	—	—	—	353 600 000	33 03
441 680 000	—	—	—	—	—	441 680 000	33 04
75 300 000	—	—	—	—	—	75 300 000	33 06
1 299 977 000	—	—	560 123 000	—	—	1 860 100 000	33 07
952 940 000	—	—	68 060 000	—	—	1 021 000 000	33 08
3 123 497 000	—	—	**628 183 000**	—	**— 441 680 000**	**3 310 000 000**	
2 970 867 000	—	—	600 623 000	—	— 384 490 000	3 187 000 000	
+ 152 630 000	—	—	+ 27 560 000	—	— 57 190 000	+ 123 000 000	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Einnahmen: Verwaltungseinnahmen DM	Einnahmen: Übrige Einnahmen DM	Einnahmen: Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
35 02	Besatzungskosten in Berlin	—	2 700 000	—	2 700 000
35 03	Auftragsausgaben Klasse I in Berlin	—	100 000	—	100 000
35 04	Auftragsausgaben Klasse II in Berlin	—	200 000	—	200 000
35 06	Auftragsausgaben im Bundesgebiet (ohne Berlin)	—	—	—	—
35 11	Verteidigungsfolgekosten im Bundesgebiet (ohne Berlin)	—	23 000 000	18 610 000	41 610 000
35 12	Besatzungsfolgekosten in Berlin	—	104 000	202 200	306 200
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	—	**26 104 000**	**18 812 200**	**44 916 200**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	—	19 997 000	21 032 100	41 029 100
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 6 107 000	— 2 219 900	+ 3 887 100
	36				
	Zivile Verteidigung				
36 04	Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	—	1 090 000	720 000	1 810 000
36 05	Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers für Wirtschaft	—	—	—	—
36 06	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	20 000	—	20 000
36 07	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet des Verkehrs	—	33 000	—	33 000
36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen	—	3 000	—	3 000
36 09	Forschung, Entwicklung und Erprobung auf dem Gebiet des baulichen Zivilschutzes	—	5 100	49 200	54 300
36 10	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft	—	—	—	—
36 11	Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**1 151 100**	**769 200**	**1 920 300**
	Gesamtabschluß 1968	—	985 100	718 200	1 703 300
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 166 000	+ 51 000	+ 217 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Personal-ausgaben DM 7	Sächliche Verwaltungs-ausgaben DM 8	Schulden-dienst DM 9	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM 10	Ausgaben für Investitionen DM 11	Besondere Finanzierungs-ausgaben DM 12	Summe Ausgaben DM 13	Kap. 14
148 000 000	121 000 000	—	—	36 000 000	—	305 000 000	35 02
—	1 100 000	—	—	—	—	1 100 000	35 03
—	135 000	—	—	86 770 000	—	86 905 000	35 04
—	7 000 000	—	—	—	—	7 000 000	35 06
—	62 850 000	—	16 150 000	79 095 000	—	158 095 000	35 11
1 500 000	1 721 000	—	1 500 000	6 207 000	—	10 928 000	35 12
149 500 000	**193 806 000**	—	**17 650 000**	**208 072 000**	—	**569 028 000**	
132 500 000	177 557 300	—	13 750 000	153 998 400	—	477 805 700	
+ 17 000 000	+ 16 248 700	—	+ 3 900 000	+ 54 073 600	—	+ 91 222 300	
32 564 000	53 835 000	—	13 080 000	85 285 000	—	184 764 000	36 04
—	1 150 000	—	—	1 930 000	—	3 080 000	36 05
—	33 511 500	—	—	—	—	33 511 500	36 06
—	1 244 500	—	2 424 200	40 864 000	—	44 532 700	36 07
—	—	—	825 000	38 148 000	—	38 973 000	36 08
—	1 190 000	—	—	750 000	—	1 940 000	36 09
—	120 000	—	—	10 350 000	—	10 470 000	36 10
—	—	—	500 000	—	—	500 000	36 11
32 564 000	**91 051 000**	—	**16 829 200**	**177 327 000**	—	**317 771 200**	
30 669 600	93 180 600	—	15 696 100	*) 184 348 700	—	*) 323 895 000	
+ 1 894 400	— 2 129 600	—	+ 1 133 100	— 7 021 700	—	— 6 123 800	

*) davon 126 937 100 DM im außerordentlichen Haushalt

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Einnahmen: Verwaltungseinnahmen DM	Einnahmen: Übrige Einnahmen DM	Einnahmen: Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	60 **Allgemeine Finanzverwaltung**				
60 01	Steuern und Abgaben	74 280 000 000	—	—	74 280 000 000
60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	303 850 000	184 043 600	487 893 600
60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	100 000	14 502 000	14 602 000
60 05	Leistungen des Bundes für Berlin	—	—	—	—
60 06	Überstaatliche Zusammenschlüsse und gewisse zwischenstaatliche Organisationen von erheblicher finanzieller Bedeutung	—	—	1 154 121 200	1 154 121 200
	Summe ordentlicher Haushalt 1969	**74 280 000 000**	**303 950 000**	**1 352 666 800**	**75 936 616 800**
	Summe ordentlicher Haushalt 1968	67 140 500 000	3 850 000	2 821 961 900	69 966 311 900
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	+ 7 139 500 000	+ 300 100 000	— 1 469 295 100	+ 5 970 304 900

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben							
Personal-ausgaben DM	Sächliche Verwaltungs-ausgaben DM	Schulden-dienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungs-ausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14
—	—	—	—	—	—	—	60 01
1 635 600 000	1 843 000	—	618 239 500	271 050 000	—	2 526 732 500	60 02
—	19 175 000	—	3 099 260 600	3 400 000	—	3 121 835 600	60 04
—	—	—	2 527 860 000	130 058 700	—	2 657 918 700	60 05
—	—	—	2 850 613 900	700 000	—	2 851 313 900	60 06
1 635 600 000	**21 018 000**	—	**9 095 974 000**	**405 208 700**	—	**11 157 800 700**	
501 500 000	61 473 800	—	7 551 744 000	193 350 000	2 463 087 800	10 771 155 600	
+ 1 134 100 000	— 40 455 800	—	+ 1 544 230 000	+ 211 858 700	— 2 463 087 800	+ 386 645 100	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Einnahmen: Verwaltungs-einnahmen DM	Einnahmen: Übrige Einnahmen DM	Einnahmen: Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	06				
	Bundesminister des Innern				
A 06 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	—	—
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**17 230 400**	**89 290 900**	**106 521 300**
	Gesamtabschluß 1968	—	13 010 900	84 397 900	97 408 800
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 4 219 500	+ 4 893 000	+ 9 112 500
	09				
	Bundesminister für Wirtschaft				
A 09 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	—	—
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**8 610 400**	**24 371 800**	**32 982 200**
	Gesamtabschluß 1968	—	8 371 400	21 765 900	30 137 300
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 239 000	+ 2 605 900	+ 2 844 900
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
A 10 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	—	—
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	**711 900 000**	**15 156 000**	**80 665 200**	**807 721 200**
	Gesamtabschluß 1968	586 950 000	13 707 600	80 474 900	681 132 500
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	+ 124 950 000	+ 1 448 400	+ 190 300	+ 126 588 700
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
A 12 03	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	—	—	—	—
A 12 17	Luftfahrt	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	—	—
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**159 682 000**	**84 165 400**	**243 847 400**
	Gesamtabschluß 1968	—	164 856 800	75 247 400	240 104 200
	gegenüber 1969 mehr (+) weniger (—)	—	— 5 174 800	+ 8 918 000	+ 3 743 200

Außerordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben							
Personal-ausgaben DM	Sächliche Verwaltungs-ausgaben DM	Schulden-dienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungs-ausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14
—	—	—	—	9 000 000	—	9 000 000	A 06 02
— —	— —	— —	— —	**9 000 000** 94 080 000	— —	**9 000 000** 94 080 000	
—	—	—	—	— 85 080 000	—	— 85 080 000	
381 195 200 359 355 200	**135 519 300** 130 066 300	— —	**814 024 300** 873 803 100	**296 291 500** 276 852 400	— **84 000** — 70 000	**1 626 946 300** 1 640 007 000	
+ 21 840 000	+ 5 453 000	—	— 59 778 800	+ 19 439 100	— 14 000	— 13 060 700	
—	—	—	—	148 000 000	—	148 000 000	A 09 02
— —	— —	— —	— —	148 000 000 105 715 000	— —	148 000 000 105 715 000	
—	—	—	—	+ 42 285 000	—	+ 42 285 000	
109 505 100 103 616 700	**59 244 900** 45 943 100	— 870 000	**675 290 500** 800 294 000	**211 313 200** 139 638 400	— —	**1 055 353 700** 1 090 362 200	
+ 5 888 400	+ 13 301 800	— 870 000	— 125 003 500	+ 71 674 800	—	— 35 008 500	
—	—	—	—	505 098 400	—	505 098 400	A 10 02
— —	— —	— —	— —	**505 098 400** 965 800 000	— —	**505 098 400** 965 800 000	
—	—	—	—	— 460 701 600	—	— 460 701 600	
80 731 200 77 184 100	**38 777 500** 36 509 300	— —	**4 271 672 000** 3 917 560 600	**1 172 539 100** 1 400 810 000	— —	**5 563 719 800** 5 432 064 000	
+ 3 547 100	+ 2 268 200	—	+ 354 111 400	— 228 270 900	—	+ 131 655 800	
— —	— —	— —	— —	110 272 300 33 363 000	— —	110 272 300 33 363 000	A 12 03 A 12 17
— —	— —	— —	**—** 1 171 000 000	**143 635 300** 176 266 300	— —	**143 635 300** 1 347 266 300	
—	—	—	— 1 171 000 000	— 32 631 000	—	— 1 203 631 000	
367 546 900 364 095 500	**184 845 900** 175 403 500	— —	**3 374 623 800** 3 254 165 500	**5 152 336 400** 4 389 694 000	**3 480 600** 1 470 500	**9 082 833 600** 8 184 829 000	
+ 3 451 400	+ 9 442 400	—	+ 120 458 300	+ 762 642 400	+ 2 010 100	+ 898 004 600	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen: Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Einnahmen: Verwaltungseinnahmen DM	Einnahmen: Übrige Einnahmen DM	Einnahmen: Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	14				
	Bundesminister der Verteidigung				
A 14 12	Unterbringung	—	—	—	—
A 14 14	Fernmeldewesen	—	—	—	—
A 14 21	Wehrtechnik und Beschaffung	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	—	—
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**196 290 000**	**200 442 900**	**396 732 900**
	Gesamtabschluß 1968	—	233 297 500	169 634 200	402 931 700
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	— 37 007 500	+ 30 808 700	— 6 198 800
	15				
	Bundesminister für Gesundheitswesen				
A 15 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	—	—
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**2 598 300**	**4 510 700**	**7 109 000**
	Gesamtabschluß 1968	—	2 033 400	3 743 000	5 776 400
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 564 900	+ 767 700	+ 1 332 600
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
A 23 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	—	—
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**212 400**	**184 265 200**	**184 477 600**
	Gesamtabschluß 1968	—	110 200	111 528 600	111 638 800
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 102 200	+ 72 736 600	+ 72 838 800
	24				
	Bundesschatzminister				
A 24 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	—	—
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**300 294 900**	**23 568 000**	**323 862 900**
	Gesamtabschluß 1968	—	356 803 700	12 743 900	369 547 600
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	— 56 508 800	+ 10 824 100	— 45 684 700

Außerordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben								
Personalausgaben DM	Sächliche Verwaltungsausgaben DM	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. DM	Schuldendienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungsausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
—	—	—	—	—	661 110 000	—	661 110 000	A 14 12
—	—	—	—	—	20 000 000	—	20 000 000	A 14 14
—	—	—	—	—	68 270 000	—	68 270 000	A 14 21
—	—	—	—	—	**749 380 000**	—	**749 380 000**	
—	—	1 476 459 000	—	—	724 650 000	—	2 201 109 000	
—	—	— 1 476 459 000	—	—	+ 24 730 000	—	— 1 451 729 000	
6 373 004 900	**2 119 625 300**	**8 131 055 900**	—	**919 671 700**	**796 031 300**	**450 362 900**	**18 789 752 000**	
6 016 962 800	2 009 480 300	7 893 764 000	—	871 820 700	868 632 500	393 946 100	18 054 606 400	
+ 356 042 100	+ 110 145 000	+ 237 291 900	—	+ 47 851 000	— 72 601 200	+ 56 416 800	+ 735 145 600	
—	—	—	—	—	24 000 000	—	24 000 000	A 15 02
—	—	—	—	—	**24 000 000**	—	**24 000 000**	
—	—	—	—	—	24 000 000	—	24 000 000	
—	—	—	—	—	—	—	—	
25 752 900	**15 160 000**	—	—	**32 163 500**	**33 754 800**	—	**106 831 200**	
24 533 500	13 431 500	—	—	32 085 200	33 912 000	—	103 962 200	
+ 1 219 400	+ 1 728 500	—	—	+ 78 300	— 157 200	—	+ 2 869 000	
—	—	—	—	—	1 406 000 000	—	1 406 000 000	A 23 02
—	—	—	—	—	**1 406 000 000**	—	**1 406 000 000**	
—	—	—	—	—	1 465 400 000	—	1 465 400 000	
—	—	—	—	—	— 59 400 000	—	— 59 400 000	
8 769 000	**11 943 800**	—	—	**734 208 000**	**1 435 466 300**	—	**2 190 387 100**	
8 161 400	11 088 600	—	—	549 573 200	1 495 579 300	—	2 064 402 500	
+ 607 600	+ 855 200	—	—	+ 184 634 800	— 60 113 000	—	+ 125 984 600	
—	—	—	—	—	93 500 000	—	93 500 000	A 24 02
—	—	—	—	—	**93 500 000**	—	**93 500 000**	
—	—	—	—	—	129 878 000	—	129 878 000	
—	—	—	—	—	— 36 378 000	—	— 36 378 000	
27 592 800	**92 774 900**	—	—	**63 531 500**	**146 708 600**	—	**330 607 800**	
27 271 600	91 095 300	—	—	61 881 300	137 731 300	—	317 979 500	
+ 321 200	+ 1 679 600	—	—	+ 1 650 200	+ 8 977 300	—	+ 12 628 300	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen			
		Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Verwaltungs-einnahmen DM	Übrige Einnahmen DM	Summe Einnahmen DM
1	2	3	4	5	6
	25 **Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau**				
A 25 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	—	—
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**4 674 900**	**349 465 500**	**354 140 400**
	Gesamtabschluß 1968	—	4 577 500	265 931 000	270 508 500
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 97 400	+ 83 534 500	+ 83 631 900
	32 **Bundesschuld**				
A 32 01	Kreditaufnahmen	—	—	3 851 500 000	3 851 500 000
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	**3 851 500 000**	**3 851 500 000**
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	8 145 207 600	8 145 207 600
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	— 4 293 707 600	— 4 293 707 600
	Gesamtabschluß				
	Gesamtabschluß 1969	—	**1 224 700**	**3 920 000 000**	**3 921 224 700**
	Gesamtabschluß 1968	—	1 218 800	8 147 107 600	8 148 326 400
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 5 900	— 4 227 107 600	— 4 227 101 700
	35 **Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte**				
A 35 11	Verteidigungsfolgekosten im Bundesgebiet (ohne Berlin)	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	—	—
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	—	—
	Gesamtabschluß 1969	—	**26 104 000**	**18 812 200**	**44 916 200**
	Gesamtabschluß 1968	—	19 997 000	21 032 100	41 029 100
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	+ 6 107 000	— 2 219 900	+ 3 887 100
	60 **Allgemeine Finanzverwaltung**				
A 60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
A 60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	—	—	—
A 60 05	Leistungen des Bundes für Berlin	—	—	—	—
A 60 06	Überstaatliche Zusammenschlüsse und gewisse zwischenstaatliche Organisationen von erheblicher finanzieller Bedeutung	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1969	—	—	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt 1968	—	—	72 632 900	72 632 900
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	—	—	— 72 632 900	— 72 632 900
	Gesamtabschluß 1969	**74 280 000 000**	**303 950 000**	**1 352 666 800**	**75 936 616 800**
	Gesamtabschluß 1968	67 140 500 000	3 850 000	2 894 594 800	70 038 944 800
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	+ 7 139 500 000	+ 300 100 000	— 1 541 928 000	+ 5 897 672 000

Außerordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Ausgaben							
Personal-ausgaben DM	Sächliche Verwaltungs-ausgaben DM	Schulden-dienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungs-ausgaben DM	Summe Ausgaben DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14
—	—	—	—	132 205 000	—	132 205 000	A 25 02
—	—	—	—	132 205 000	—	132 205 000	
—	—	—	43 977 300	326 660 700	—	370 638 000	
—	—	—	— 43 977 300	— 194 455 700	—	— 238 433 000	
7 965 000	**2 769 400**	—	**542 547 300**	**1 027 631 600**	—	**1 580 913 300**	
7 692 700	1 996 600	—	468 680 900	1 056 029 800	—	**1 534 400 000**	
+ 272 300	+ 772 800	—	+ 73 866 400	— 28 398 200	—	+ 46 513 300	
—	—	—	—	—	—	—	A 32 01
—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	
8 103 800	**43 604 100**	**2 639 842 600**	**290 677 200**	— **49 956 000**	— **300 000 000**	**2 632 271 700**	
7 888 100	17 426 800	3 712 433 300	290 675 200	20 000 000	— 700 000 000	3 348 423 400	
+ 215 700	+ 26 177 300	— 1 072 590 700	+ 2 000	— 69 956 000	+ 400 000 000	— 716 151 700	
—	—	—	—	60 000 000	—	60 000 000	A 35 11
—	—	—	—	60 000 000	—	60 000 000	
—	—	—	—	124 000 000	—	**124 000 000**	
—	—	—	—	— 64 000 000	—	— 64 000 000	
149 500 000	**193 806 000**	—	**17 650 000**	**268 072 000**	—	**629 028 000**	
132 500 000	177 557 300	—	13 750 000	277 998 400	—	601 805 700	
+ 17 000 000	+ 16 248 700	—	+ 3 900 000	— 9 926 400	—	+ 27 222 300	
—	—	—	—	—	—	—	A 60 02
—	—	—	—	500 000 000	—	500 000 000	A 60 04
—	—	—	—	80 681 300	—	80 681 300	A 60 05
—	—	—	—	—	—	—	A 60 06
—	—	—	—	**580 681 300**	—	**580 681 300**	
—	—	—	—	299 000 000	—	299 000 000	
—	—	—	—	+ 281 681 300	—	+ 281 681 300	
1 635 600 000	**21 018 000**	—	**9 095 974 000**	**985 890 000**	—	**11 738 482 000**	
501 500 000	61 473 800	—	7 551 744 000	492 350 000	2 463 087 800	11 070 155 600	
+ 1 134 100 000	— 40 455 800	—	+ 1 544 230 000	+ 493 540 000	— 2 463 087 800	+ 668 326 400	

Gesamtplan — Einnahmen — Teil I: Gesamtabschluß

Epl.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen				
		Steuern und steuerähnliche Abgaben 1969 DM	Verwaltungseinnahmen 1969 DM	Übrige Einnahmen 1969 DM	Summe Einnahmen 1969 DM	mehr (+) weniger (—) gegenüber 1968 DM
1	2	3	4	5	6	7
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	—	**20 300**	—	**20 300**	+ 2 000
02	Deutscher Bundestag	—	**185 700**	**3 968 300**	**4 154 000**	— 124 700
03	Bundesrat	—	**30 400**	—	**30 400**	+ 5 400
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—	**336 000**	**1 000**	**337 000**	— 107 600
05	Auswärtiges Amt	—	**8 062 000**	**33 000**	**8 095 000**	+ 322 300
06	Bundesminister des Innern	—	**17 230 400**	**89 290 900**	**106 521 300**	+ 9 112 500
07	Bundesminister der Justiz	—	**108 956 000**	**75 000**	**109 031 000**	+ 10 992 700
08	Bundesminister der Finanzen	—	**28 368 800**	**8 847 100**	**37 215 900**	+ 262 400
09	Bundesminister für Wirtschaft	—	**8 610 400**	**24 371 800**	**32 982 200**	+ 2 844 900
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**711 900 000**	**15 156 000**	**80 665 200**	**807 721 200**	+ 126 588 700
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	—	**1 872 600**	**26 010 700**	**27 883 300**	+ 7 722 600
12	Bundesminister für Verkehr	—	**159 682 000**	**84 165 400**	**243 847 400**	+ 3 743 200
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	**710 000 000**[1])	**6 782 000**	**37 671 700**	**754 453 700**	+ 748 703 900
14	Bundesminister der Verteidigung	—	**196 290 000**	**200 442 900**	**396 732 900**	— 6 198 800
15	Bundesminister für Gesundheitswesen	—	**2 598 300**	**4 510 700**	**7 109 000**	+ 1 332 600
19	Bundesverfassungsgericht	—	**21 500**	—	**21 500**	— 7 000
20	Bundesrechnungshof	—	**16 900**	**6 000**	**22 900**	+ 4 600
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	**212 400**	**184 265 200**	**184 477 600**	+ 72 838 800
24	Bundesschatzminister	—	**300 294 900**	**23 568 000**	**323 862 900**	— 45 684 700
25	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	—	**4 674 900**	**349 465 500**	**354 140 400**	+ 83 631 900
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	—	**417 900**	**8 176 000**	**8 593 900**	— 1 082 900
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	—	**46 400**	**133 400**	**179 800**	— 246 200
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	—	**5 900**	—	**5 900**	+ 2 200
29	Bundesminister für Familie und Jugend	—	**1 088 300**	**1 710 000**	**2 798 300**	+ 64 600
31	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	—	**659 200**	**402 700**	**1 061 900**	+ 290 500
32	Bundesschuld	—	**1 224 700**	**68 500 000**	**69 724 700**	+ 66 605 900
33	Versorgung	—	**400 000**	**29 640 000**	**30 040 000**	— 430 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—	**26 104 000**	**18 812 200**	**44 916 200**	+ 3 887 100
36	Zivile Verteidigung	—	**1 151 100**	**769 200**	**1 920 300**	+ 217 000
60	Allgemeine Finanzverwaltung	**74 280 000 000**[2])	**303 950 000**	**1 352 666 800**	**75 936 616 800**	+ 5 970 304 900
	Summe Haushalt 1969	**75 701 900 000**	**1 194 449 000**[3])	**2 598 168 700**	**79 494 517 700**	+ 7 055 598 800
	Summe Haushalt 1968	67 727 450 000	968 201 100	3 743 267 800	72 438 918 900	—
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	+ 7 974 450 000	+ 226 247 900	— 1 145 099 100	+ 7 055 598 800	—

[1]) Postablieferung 710 Millionen DM.
[2]) Darin nach Abzug der Münzeinnahmen (80 Millionen DM) Steuereinnahmen = 74 200 Millionen DM enthalten.
[3]) Verwaltungseinnahmen im weiteren Sinn zuzüglich Postablieferung, Abschöpfungen (711,9 Millionen DM) und übrige Einnahmen (Spalte 5) = 5 214,5 Millionen DM.

Teil I: Gesamtabschluß

Einnahmen

Gesamtplan

Außerordentliche Einnahmen		Gesamteinnahmen			
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen **1969** DM	Übrige Einnahmen **1969** DM	**1969** DM	1968 DM	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—) DM	**Epl.**
8	9	10	11	12	13
—	—	**20 300**	18 300	+ 2 000	01
—	—	**4 154 000**	4 278 700	— 124 700	02
—	—	**30 400**	25 000	+ 5 400	03
—	—	**337 000**	444 600	— 107 600	04
—	—	**8 095 000**	7 772 700	+ 322 300	05
—	—	**106 521 300**	97 408 800	+ 9 112 500	06
—	—	**109 031 000**	98 038 300	+ 10 992 700	07
—	—	**37 215 900**	36 953 500	+ 262 400	08
—	—	**32 982 200**	30 137 300	+ 2 844 900	09
—	—	**807 721 200**	681 132 500	+ 126 588 700	10
—	—	**27 883 300**	20 160 700	+ 7 722 600	11
—	—	**243 847 400**	240 104 200	+ 3 743 200	12
—	—	**754 453 700**	5 749 800	+ 748 703 900	13
—	—	**396 732 900**	402 931 700	— 6 198 800	14
—	—	**7 109 000**	5 776 400	+ 1 332 600	15
—	—	**21 500**	28 500	— 7 000	19
—	—	**22 900**	18 300	+ 4 600	20
—	—	**184 477 600**	111 638 800	+ 72 838 800	23
—	—	**323 862 900**	369 547 600	— 45 684 700	24
—	—	**354 140 400**	270 508 500	+ 83 631 900	25
—	—	**8 593 900**	9 676 800	— 1 082 900	26
—	—	**179 800**	426 000	— 246 200	27
—	—	**5 900**	3 700	+ 2 200	28
—	—	**2 798 300**	2 733 700	+ 64 600	29
—	—	**1 061 900**	771 400	+ 290 500	31
3 851 500 000[1])	—	**3 921 224 700[2])**	8 148 326 400	— 4 227 101 700	32
—	—	**30 040 000**	30 470 000	— 430 000	33
—	—	**44 916 200**	41 029 100	+ 3 887 100	35
—	—	**1 920 300**	1 703 300	+ 217 000	36
—	—	**75 936 616 800**	70 038 944 800	+ 5 897 672 000	60
3 851 500 000[1])	—	**83 346 017 700**	80 656 759 400	+ 2 689 258 300	
8 145 207 600	72 632 900	—	—	—	
— 4 293 707 600	— 72 632 900	—	—	—	

[1]) vgl. Nr. 9.01 der Finanzierungsübersicht
[2]) ab 1969 Veranschlagung Netto-Kreditbedarf

Gesamtplan Ausgaben

Teil I: Gesamtabschluß

Epl.	Bezeichnung	Personalausgaben 1969 DM	Sächliche Verwaltungsausgaben 1969 DM	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 1969 DM	Schuldendienst 1969 DM	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke 1969 DM	Ausgaben für Investitionen 1969 DM	Besondere Finanzierungsausgaben 1969 DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt ..	**2 278 500**	**1 571 400**	—	—	**700 000**	**348 400**	—
02	Deutscher Bundestag ...	**65 954 800**	**12 727 200**	—	—	**5 811 700**	**23 710 000**	—
03	Bundesrat	**2 159 400**	**974 700**	—	—	—	**83 000**	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt ...	**22 089 700**	**166 403 600**	—	—	**7 921 000**	**1 173 300**	— **6 455 600**
05	Auswärtiges Amt	**248 107 500**	**60 653 900**	—	—	**380 462 200**	**43 949 900**	—
06	Bundesminister des Innern	**381 195 200**	**135 519 300**	—	—	**814 024 300**	**287 291 500**	— **84 000**
07	Bundesminister der Justiz	**84 484 300**	**28 730 200**	—	—	**1 985 200**	**2 533 400**	—
08	Bundesminister der Finanzen	**650 604 400**	**160 741 700**	—	—	**452 900**	**37 179 500**	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	**109 505 100**	**59 244 900**	—	—	**675 290 500**	**63 313 200**	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ...	**80 731 200**	**38 777 500**	—	—	**4 271 672 000**	**667 440 700**	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	**43 486 200**	**194 111 100**	—	—	**16 498 517 700**	**145 773 200**	—
12	Bundesminister für Verkehr	**367 546 900**	**184 845 900**	—	—	**3 374 623 800**	**5 008 701 100**	**3 480 600**
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	**103 400**	—	—	—	**119 766 000**	**2 000 000**	—
14	Bundesminister der Verteidigung	**6 373 004 900**	**2 119 625 300**	**8 131 055 900**	—	**919 671 700**	**46 651 300**	**450 362 900**
15	Bundesminister für Gesundheitswesen ...	**25 752 900**	**15 160 000**	—	—	**32 163 500**	**9 754 800**	—
19	Bundesverfassungsgericht	**3 373 400**	**793 500**	—	—	—	**37 500**	—
20	Bundesrechnungshof ...	**12 774 600**	**1 897 700**	—	—	—	**37 200**	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	**8 769 000**	**11 943 800**	—	—	**734 208 000**	**29 466 300**	—
24	Bundesschatzminister ..	**27 592 800**	**92 774 900**	—	—	**63 531 500**	**53 208 600**	—
25	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	**7 965 000**	**2 769 400**	—	—	**542 547 300**	**895 426 600**	—
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	**11 024 800**	**1 871 600**	—	—	**68 221 200**	**13 139 600**	—
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	**7 219 500**	**5 242 400**	—	—	**187 218 400**	**19 094 900**	—
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	**1 349 900**	**139 400**	—	—	—	**27 400**	—
29	Bundesminister für Familie und Jugend ..	**4 245 700**	**1 417 300**	—	—	**2 876 280 000**	**23 393 000**	—
31	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	**13 577 300**	**5 243 100**	—	—	**990 020 500**	**1 182 386 300**	— **50 000 000**
32	Bundesschuld	**8 103 800**	**43 604 100**	—	**2 639 842 600**	**290 677 200**	— **49 956 000**	— **300 000 000**
33	Versorgung	**3 123 497 000**	—	—	—	**628 183 000**	—	— **441 680 000**
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	**149 500 000**	**193 806 000**	—	—	**17 650 000**	**208 072 000**	—
36	Zivile Verteidigung	**32 564 000**	**91 051 000**	—	—	**16 829 200**	**177 327 000**	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	**1 635 600 000**	**21 018 000**	—	—	**9 095 974 000**	**405 208 700**	—
	Summe Haushalt 1969 ..	**13 504 161 200**	**3 652 658 900**	**8 131 055 900**	**2 639 842 600**	**42 614 402 800**	**9 296 772 400**	— **344 376 100**
	Summe Haushalt 1968 ..	11 776 890 600	3 497 896 800	6 417 305 000	3 630 203 300	39 309 514 900	6 039 574 800	1 767 533 500
	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—)	+1 727 270 600	+ 154 762 100	+1 713 750 900	— 990 360 700	+3 304 887 900	+3 257 197 600	—2 111 909 600

Teil I: Gesamtabschluß

Ausgaben

Gesamtplan

Ordentliche Ausgaben 1969 DM	Außerordentliche Ausgaben: Zuweisungen und Zuschüsse 1969 DM	Außerordentliche Ausgaben: Investitionen 1969 DM	Außerordentliche Ausgaben: Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 1969 DM	Gesamtausgaben 1969 DM	Gesamtausgaben 1968 DM	gegenüber 1968 mehr (+) weniger (—) DM	Epl.
10	11	12	13	14	15	16	17
4 898 300	—	—	—	4 898 300	4 901 200	— 2 900	01
108 203 700	—	—	—	108 203 700	101 686 000	+ 6 517 700	02
3 217 100	—	—	—	3 217 100	3 093 800	+ 123 300	03
191 132 000	—	—	—	191 132 000	180 854 100	+ 10 277 900	04
733 173 500	—	—	—	733 173 500	698 753 000	+ 34 420 500	05
1 617 946 300	—	9 000 000	—	1 626 946 300	1 640 007 000	— 13 060 700	06
117 733 100	—	—	—	117 733 100	109 992 000	+ 7 741 100	07
848 978 500	—	—	—	848 978 500	856 182 000	— 7 203 500	08
907 353 700	—	148 000 000	—	1 055 353 700	1 090 362 200	— 35 008 500	09
5 058 621 400	—	505 098 400	—	5 563 719 800	5 432 064 000	+ 131 655 800	10
16 881 888 200	—	—	—	16 881 888 200	16 674 770 000	+ 207 118 200	11
8 939 198 300	—	143 635 300	—	9 082 833 600	8 184 829 000	+ 898 004 600	12
121 869 400	—	—	—	121 869 400	853 400	+ 121 016 000	13
18 040 372 000	—	749 380 000	—	18 789 752 000	18 054 606 400	+ 735 145 600	14
82 831 200	—	24 000 000	—	106 831 200	103 962 200	+ 2 869 000	15
4 204 400	—	—	—	4 204 400	9 453 000	— 5 248 600	19
14 709 500	—	—	—	14 709 500	14 410 800	+ 298 700	20
784 387 100	—	1 406 000 000	—	2 190 387 100	2 064 402 500	+ 125 984 600	23
237 107 800	—	93 500 000	—	330 607 800	317 979 500	+ 12 628 300	24
1 448 708 300	—	132 205 000	—	1 580 913 300	1 534 400 000	+ 46 513 300	25
94 257 200	—	—	—	94 257 200	96 384 400	— 2 127 200	26
218 775 200	—	—	—	218 775 200	224 323 200	— 5 548 000	27
1 516 700	—	—	—	1 516 700	1 356 100	+ 160 600	28
2 905 336 000	—	—	—	2 905 336 000	2 803 589 400	+ 101 746 600	29
2 141 227 200	—	—	—	2 141 227 200	1 922 264 500	+ 218 962 700	31
2 632 271 700	—	—	—	2 632 271 700	3 348 423 400	— 716 151 700	32
3 310 000 000	—	—	—	3 310 000 000	3 187 000 000	+ 123 000 000	33
569 028 000	—	60 000 000	—	629 028 000	601 805 700	+ 27 222 300	35
317 771 200	—	—	—	317 771 200	323 895 000	— 6 123 800	36
11 157 800 700	—	580 681 300	—	11 738 482 000 [1]	11 070 155 600	+ 668 326 400	60
79 494 517 700	—	**3 851 500 000**	—	**83 346 017 700 [1]**	80 656 759 400	+ 2 689 258 300	
72 438 918 900	1 171 000 000	5 562 881 500	1 483 959 000	—	—	—	
+ 7 055 598 800	— 1 171 000 000	— 1 711 381 500	— 1 483 959 000	—	—	—	

ab 1969 Nettoveranschlagung



Teil II: Finanzierungsübersicht

Finanzierungsübersicht zum Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1969

	DM	DM
1. Kreditaufnahme (brutto)		
1.01 Im Bundeshaushaltsplan 1969 veranschlagt (Kap. A 32 01 Tit. 325 11 und 325 13)	3 851 500 000	
1.02 Anschlußfinanzierungen (6.00)	7 901 088 000	
1.03 Deckung des Fehlbetrags 1967	1 349 832 800	13 102 420 800
2. Münzeinnahmen (netto) (Kap. 60 01 Tit. 092 01)		80 000 000
3. Entnahmen aus Rücklagen		—
4. Einnahmen von Überschüssen aus Vorjahren		—
5. **Brutto-Finanzierungsvolumen**		13 182 420 800
6. Tilgungen		
6.00 Schuldentilgung		
langfristig		
6.01 Tilgung der Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung	215 486 200	
6.02 Tilgung der Bundesanleihen (einschließlich der Entschädigung für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Prämienschatzanweisungen)	307 247 000	
6.03 Tilgung der Schuldscheindarlehen	20 454 700	
6.04 Tilgung der Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen	53 873 800	
6.05 Tilgung der Ausgleichsforderungen nach den Umstellungsergänzungsgesetzen und dem Umstellungsschlußgesetz	5 820 800	
6.06 Tilgung der Ablösungsschuld	28 400 000	
6.07 Tilgung der Altsparerentschädigung und entsprechende Verpflichtungen nach dem Umstellungsschlußgesetz	10 500 000	
6.08 Tilgung der Nachkriegswirtschaftshilfe der USA	30 324 500	
6.09 Tilgung im Zusammenhang mit früheren Reichsmarkansprüchen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)	31 248 000	
6.10 Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) einschließlich Haftung für die österreichische Äußere Anleihe	231 925 000	
6.11 Tilgungen auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz)	13 128 000	
Übertrag	948 408 000	

(noch Schuldentilgung langfristig)		DM	DM
Übertrag		948 408 000	13 182 420 800
6.12 Tilgung der Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten sowie Mixed Claims		16 100 000	
6.13 Tilgung auf Grund des Schweizer Abkommens vom 26. August 1952		17 680 000	
		982 188 000	
kürzerfristig			
6.14 Kassenobligationen	797 500 000		
6.15 Unverzinsliche Schatzanweisungen	6 121 400 000	6 918 900 000	
Schuldentilgung (6.00) insgesamt		7 901 088 000	
6.50 Deckung des Fehlbetrages 1967		1 349 832 800	9 250 920 800
7. Zuführung an Rücklagen		—	
8. **Netto-Finanzierungssaldo**			3 931 500 000
9. Deckung des Netto-Finanzierungssaldos			
9.01 Im Bundeshaushaltsplan 1969 veranschlagte Kreditaufnahme		3 851 500 000	
9.02 Münzeinnahmen (netto) (Kap. 60 01 Tit. 092 01)		80 000 000	3 931 500 000

Gegenüberstellung Ausgaben/Einnahmen

8.1 **Ausgaben** — nach Gesamtplan — (ohne Tilgungen, Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren, Zuführung an Rücklagen)		83 346 017 700
8.2 **Einnahmen** (ohne Einnahme aus Krediten, Münzeinnahmen, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüssen aus den Vorjahren)		
8.21 Steuern	74 200 000 000	
8.22 Steuerähnliche Abgaben (Postablieferung, Abschöpfungen, Spielbankaufkommen)	1 427 900 000	
8.23 Verwaltungseinnahmen und übrige Einnahmen	3 786 617 700	79 414 517 700
8.3 **Netto-Finanzierungssaldo** (8.1 abzüglich 8.2)		3 931 500 000